

Internationale sozialistische Kommission zu Bern

Alle Zuschriften und Geldsendungen sind an Nationalrat ROBERT GRIMM in Bern zu richten

P 35 34

Commission socialiste internationale

à BERNE



International socialist committee

La correspondance doit être adressée au
citoyen ROBERT GRIMM, député à Berne

all e should
The correspondance has to be addressed/
to Comrade ROBERT GRIMM, deputy, Bern
M.P.

BERN (Schweiz)

BULLETIN Nr. 2

Ausgegeben am
27. November 1915

Bekanntmachungen der I. S. K.

Werte Genossen!

Reichlich zwei Monate nach der Publikation der ersten Nummer unseres *Bulletins* erscheint hier die Fortsetzung. Gemäss den Beschlüssen der Zimmerwalder Konferenz versuchen wir, in der vorliegenden Nummer einen Ueberblick auf die bisher durch die Internationale Sozialistische Kommission zu Bern (I. S. K.) wie durch die ihr angeschlossenen Organisationen und Gruppen geleistete Arbeit zu geben. Selbstverständlich kann es sich nicht um ein vollständiges Bild der Tätigkeit handeln. Die internationalen Verbindungen sind erschwert. Zu den durch die Zensur und die teilweise Unterbrechung der Verkehrswege hervorgerufenen Schwierigkeiten tritt die Tatsache, dass offizielle Parteien einzelner Länder bis zur Stunde auf dem Boden der Durchhaltepolitik stehen. In diesen Ländern müssen die Genossen, die, im Gegensatz zu der gegenwärtigen Haltung ihrer offiziellen Parteien, mit den von der Zimmerwalder Konferenz, und zwar in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Kongresse zu Stuttgart, Kopenhagen und Basel festgesetzten Richtlinien einverstanden sind, zuerst gesammelt werden. Das ist um so schwieriger, als zumeist auch die organisatorische Voraussetzung, unter erschwerenden Umständen, erst geschaffen werden muss. Immerhin zeigen einzelne der hier folgenden Berichte, dass in dieser Richtung gemachte Anstrengungen nicht erfolglos blieben und das Werk der Sammlung, dessen erster Schritt die Konferenz zu Zimmerwald war, Fortschritte macht.

Die I. S. K. hat diese Bemühungen soviel als möglich unterstützt. Den Konferenzbeschlüssen entsprechend, bewerkstelligte sie zunächst die Uebersetzung und Herausgabe des offiziellen Verhandlungsberichtes und des Manifests. Die erste Nummer des *Bulletins* wurde zunächst an die Partei- und Gewerkschaftsblätter aller neutralen Länder versandt. Der Aufforderung zum Abdruck ist eine grosse Zahl von Blättern nachgekommen, so dass wohl die Parteiöffentlichkeit in den neutralen Ländern über die Zimmerwalder Beschlüsse unterrichtet ist.

Was die kriegführenden Länder betrifft, so versuchten wir auch da, den Bericht und das Manifest zu veröffentlichen. Soviel wir von hier aus übersehen können, gelang die vollständige Veröffentlichung in einem Teil der Parteipresse Italiens, Bulgariens, Englands, Frankreichs und Russlands. Die deutsche und österreichische Parteipresse musste sich mit einem summarischen Hinweis auf die Konferenz begnügen. In den einzelnen Ländern sind von den Anhängern der Konferenz überdies besondere Ausgaben des Manifests und des Verhandlungsberichtes gemacht worden, worüber weitere Details den Berichten der vorliegenden Nummer entnommen werden können.

Die I. S. K. versuchte sodann mit den sozialistischen Parteien und Gruppen der verschiedenen Länder in Verbindung zu treten, um womöglich ihre Mitwirkung an dem gemeinsamen Werke zu erreichen. Ueber den Erfolg berichten wir weiter unten.

Durch ein besonderes Zirkularschreiben vom 24./26. September wurden die dem I. S. B. zu Brüssel angeschlossenen Parteien vom Zustandekommen der Konferenz und ihren Beschlüssen verständigt. Eine offizielle Antwort darauf ist uns vom Vorstand der dänischen Sozialdemokratie zugegangen. Die Antwort ist eine Ablehnung unserer Konferenz und ein Protest gegen ihre Beschlüsse. Den Wortlaut geben wir an anderer Stelle. Der Zorn der dänischen Parteileitung richtet sich insbesondere gegen die I. S. K., aber der Protest ist schon deswegen hinfällig, weil es unserer Kommission selbstverständlich nicht einfallen kann, mehr scheinen zu wollen als sie ist: die Vertreterin der ihr angeschlossenen Parteien und Gruppen.

In ähnlicher Weise, von der gleichen Grundauffassung ausgehend, wenn auch nicht in der schroffen Form wie die dänische Parteileitung, wandte sich die Mehrheit der Parteileitung der schweizerischen Sozialdemokratie gegen die Zimmerwalder Konferenz. Eine Minderheit nahm den gegenwärtigen Standpunkt ein. Der Parteikongress, der am 20. und 21. November 1915 in Aarau tagte, hat dann zu den beiden Erklärungen Stellung genommen und neben einer mit 330 gegen 51 Stimmen beschlossenen Zustimmungserklärung der I. S. K. einen Beitrag von 300 Fr. bewilligt.

Sowohl die Parteileitungen Deutschlands als Frankreichs verhielten sich, wie nicht anders zu erwarten war, ablehnend gegen die Konferenz. So weit sie heute tatsächlich auseinander sind, so unterschiedslos ist ihr Verhalten gegenüber dem Krieg und der sogenannten Vaterlandsverteidigung. Die deutsche Parteileitung präziserte ihren Standpunkt in einem internen Rundschreiben, der französische Parteivorstand in einer in der Humanité veröffentlichten Erklärung. Der Vollständigkeit halber drucken wir beide Dokumente ab.

Ein rumänischer Parteikongress bestätigte die Konferenzbeschlüsse und das von Genossen Dr. C. Rakovsci in Zimmerwald ausgeübte Mandat. Weitere Zustimmungserklärungen liegen vor aus Italien, Bulgarien (Hartherzige), und von der portugiesischen Parteileitung. Ihren Anschluss haben ferner gemeldet die Socialist Labor Party Amerikas und die Socialist Party Amerikas.

Auf Grund der bisher bei der I. S. K. eingetroffenen Berichte haben ihren Beitritt erklärt, beziehungsweise ihre Zustimmung zu den Zimmerwalder Beschlüssen gegeben die folgenden offiziellen Organisationen:

1. Sozialdemokratische Partei Italiens.
2. Sozialdemokratische Partei der Schweiz.
3. British Socialist Party.
4. Independent Labour Party.
5. Sozialdemokratische Partei Rumäniens.
6. Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands, Zentralkomitee.
7. Sozialdemokratische Partei Russlands, Organisationskomitee.
8. Partei der Sozialisten-Revolutionäre Russlands.
9. Allgemeiner Jüdischer Arbeiterbund in Litauen, Polen und Russland.
10. Die drei polnischen sozialistischen Parteien, Hauptvorstand und Landesvorstand der polnischen Sozialdemokratie und Zentralkomitee der polnischen sozialistischen Partei.
11. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Bulgariens.
12. Die sozialdemokratische Partei Portugals.
13. Die sozialistische Föderation von Saloniki.
14. Der sozialistische Jugendverband Schwedens und Norwegens.
15. Die Socialist Labor Party Amerikas.
16. Die Socialist Party Amerikas.

Ausserdem hat sich eine Reihe von Gruppen der verschiedenen Länder angeschlossen, so besonders einzelne Föderationen der sozialistischen Partei Frankreichs. In andern Ländern ist die Organisationsarbeit in vollem Gange. Wir werden darüber, wenn immer möglich, in einer folgenden Nummer zusammenhängend berichten.

Um die Zusammenarbeit zu erleichtern, versandte unsere Kommission am 27. September ein Zirkularschreiben an alle angeschlossenen Parteien und Gruppen, in dem wir ihnen einen Vorschlag zur Schaffung einer festern gegenseitigen Verbindung unterbreiteten. Dieser Vorschlag fand durchwegs zustimmende Aufnahme, die Vertreter sind zum Teil bereits bezeichnet, so dass die weitere Verfolgung unserer Aktion auch in dieser Richtung wird vor sich gehen können.

Die wichtigste Aufgabe aller angeschlossenen Parteien und Gruppen wird selbstverständlich nach wie vor in erster Linie die geistige Sammlung der Arbeitermassen sein. Ohne die Herausarbeitung einer entsprechenden Mentalität ist eine Aktion nicht möglich. Diese Aufgabe ist mit grossen Hinder-

nissen verknüpft, zu denen nicht zuletzt die Kriegspolitik der offiziellen Parteien gehört. Indes kann die Schwierigkeit einer Aufgabe ihre Lösung nicht hindern. In dem Masse, als an ihrer Erfüllung gearbeitet wird, rechtfertigen sich die Konferenz und ihre Beschlüsse.

Bern, 22. November 1915.

Die I. S. K. zu Bern.

Eine Erklärung.

Die I. S. K. zu Bern hat dem *Het Volk*, das eine gegen die Konferenz zu Zimmerwald gerichtete Erklärung der holländischen Genossen *Vliegen* und *van Kol* veröffentlichte, folgende Notiz zugesandt:

«In einer Erklärung der Genossen *Vliegen* und *H. V. Kol*, die im *Het Volk* veröffentlicht wurde, wird behauptet, die Internationale sozialistische Konferenz zu Zimmerwald habe nur aus Vertretern von kleinen, zufällig zusammengekommenen Gruppen bestanden, denen keine Autorität zukam, von sich aus eine Internationale sozialistische Kommission einzusetzen. In der gleichen Nummer steht ferner die Behauptung, das von der Internationalen sozialistischen Konferenz erlassene Manifest habe nicht die Bedeutung, dass das französische und das englische Proletariat ihren Regierungen die Unterstützung zur Weiterführung des Krieges zu versagen hätten.

Demgegenüber stellen wir folgendes fest:

Die Initiative zur Konferenz ist vom *Parteivorstand der italienischen Sozialdemokratie* ausgegangen. Gemäss dem Beschluss des italienischen Parteivorstandes ergingen die Einladungen an alle Parteien, Arbeiterorganisationen oder ihre Teile, von denen bekannt war, dass sie bereit seien, den *sofortigen Kampf* gegen die Burgfriedenspolitik aufzunehmen und auf der Grundlage des proletarischen Klassenkampfes für eine *sofortige* gegen den Krieg gerichtete, gemeinsame, gleichzeitige Aktion der Sozialisten in den verschiedenen Ländern einzustehen. Auf Grund dieser Einladung liessen sich an der Konferenz die Organisationen aus 11 Ländern vertreten. Die Vertretungen aus 7 Ländern waren offiziell. Aus den übrigen Ländern waren Vertretungen der *organisierten* Minderheiten anwesend. Daraus ergibt sich wohl zur Evidenz, dass die Konferenz nicht aus zufällig zusammengekommenen Elementen bestand.

Die in Zimmerwald vertretenen offiziellen Parteien hatten seinerzeit der Verlegung des I. S. B. von Brüssel nach dem Haag zugestimmt. Sie taten es in der Meinung, dass diese Verlegung die ungesäumte Wiederaufnahme der internationalen proletarischen Beziehungen mit dem unmittelbaren Ziel der sofortigen Einleitung einer proletarischen Friedensaktion bedeute. In diesem Sinne wirkten denn auch die Parteileitungen Italiens, der Schweiz, Rumäniens und Bulgariens unablässig. Die betreffenden Dokumente sind in dem Jahrbuch 1914 der schweizerischen Partei abgedruckt. *Erst als alle diese Versuche scheiterten*, ergriff der italienische Parteivorstand die Initiative zur Konferenz, die dann die Einsetzung der Internationalen sozialistischen Kommission beschloss.

Diese Kommission ist keine gegenüber dem I. S. B. konkurrierende Institution. Sie hat provisorischen Charakter und wird in dem Zeitpunkt aufgelöst werden, *wo das I. S. B. gemäss den Beschlüssen zu Stuttgart, Kopenhagen und Basel den Kampf gegen den Krieg einleitet* und seine Tätigkeit nicht mehr abhängig macht von der Zustimmung jener sozialistischen Parteien, die jetzt noch in ihrem Lande die Kriegspolitik der herrschenden Klasse unterstützen.

Was endlich das *Manifest* betrifft, so liegt der eingangs erwähnten Behauptung offenbar ein Missverständnis zugrunde. *Alle Teilnehmer* an der Konferenz waren darin einstimmt, dass die internationale Friedensaktion des Proletariats *nicht* von der gegebenen militärischen Situation in den einzelnen Ländern abhängig gemacht werden könne. Die in diesem Manifest geübte Kritik an dem Verhalten der sozialistischen Parteien in den kriegführenden Ländern, die allgemeine Verurteilung des Burgfriedens, der Kreditbewilligungen, des Ministerialismus wäre *sinnlos*, wenn die Konferenz je nach der besondern militärischen Lage im einzelnen Lande die Unterstützung der Regierungspolitik durch die Arbeiterklasse des betreffenden Landes als gerechtfertigt und durch die Ziele des Sozialismus und der Arbeiterbewegung begründet betrachtet hätte. Würde sich die Konferenz auf diesen Boden gestellt haben, so wäre das gleichbedeutend mit dem *Verzicht* auf eine einheitliche internationale Friedensaktion des Proletariats. Die Internationale müsste in diesem Falle entweder überhaupt so lange untätig bleiben, bis sich die militärische Lage geändert hat, oder sie müsste je nach der militärischen Lage oder nach der Frage nach der äusseren Schuld am Kriegsausbruch die Kriegspolitik der Arbeiterklasse gegen die Arbeiterklasse des andern Landes unterstützen. Das stände aber im Widerspruch mit den Stuttgarter, Kopenhagener und

Basler Beschlüssen, vor allem mit der in Basel feierlich und einstimmig beschlossenen Aufforderung, die lautet:

«Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen *rasche Beendigung* einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunützen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.»

In diesem Sinne haben es auch die deutschen und die französischen Delegierten an der Konferenz abgelehnt, ihre Friedensarbeit von der gegebenen militärischen Lage abhängig zu machen, und gerade aus diesem Grunde stimmten sie für das Manifest.

Auch der Satz über das *Selbstbestimmungsrecht der Völker* kann nicht im Sinne der Zulässigkeit der Unterstützung irgendeiner der heute am Kriege beteiligten Regierungen ausgelegt werden. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker kann auf dem Boden einer Klassengesellschaft nicht verwirklicht werden. Der Sozialismus ist die Voraussetzung für die Verwirklichung dieses Rechts. *Der Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Völker kann daher nur der Kampf für den Sozialismus sein.* Diesen Kampf aber führt keine der bürgerlichen Regierungen, und darum können diese von den Sozialisten auch nicht unterstützt werden.

Bern, 29. September 1915.

Internationale sozialistische Kommission zu Bern.»

Berichte aus kriegführenden Ländern

Situationsbericht aus Deutschland.

Aus Deutschland ist uns folgender Bericht zugegangen:

Soweit die Zimmerwalder Konferenz und das Manifest in deutschen Arbeiterkreisen bekannt geworden sind, haben diese Anzeichen internationaler Verständigung freudige Zustimmung erhalten. Leider ist der Kreis derjenigen, die das Manifest im Wortlaut kennen, sehr gering. Infolge äusserer Störungen ist das Manifest erst sehr spät und in sehr geringer Auflage gedruckt worden. Dies letzte Versäumnis soll nachgeholt und zugleich versucht werden, das Manifest wenigstens teilweise auch unorganisierten Arbeitern zur Verfügung zu stellen. Die Verzögerung der Verbreitung hat leider mit dazu beigetragen, die Wirkung des Manifestes abzuschwächen. Bericht und Polemik der berichtigten Baumeister-Legienschen Internationalen Korrespondenz, Kritiken einzelner rechtsstehender Parteiblätter und das geheime Rundschreiben des deutschen Parteivorstandes gegen die Konferenz hatten bereits allerlei Vorurteile geweckt, ehe das Manifest selbst seine Wirkung ausüben konnte. Auch die öffentlichen Erklärungen der schweizerischen und dänischen Parteileitung, die, wie behauptet wird, auf direkte Einwirkung des deutschen Parteivorstandes zurückzuführen sind, waren geeignet, in noch unentschiedenen Parteikreisen falsche Vorstellungen über die Konferenz zu erwecken. Wo es aber möglich war, mündlich über die Konferenz Bericht zu erstatten, wurde überall der Genugtuung über die Wiederanknüpfung der internationalen Beziehungen Ausdruck gegeben. Wenn trotzdem nur sehr wenige direkte Zustimmungs-Resolutionen (so aus Württemberg) vorliegen, so ist das typisch für den in Deutschland herrschenden Reifegrad der Opposition: Man äussert zwar seine Unzufriedenheit mit der Haltung der Mehrheit, bringt aber noch nicht die Initiative zu eigener, bewusster Stellungnahme auf, die einen scharfen Strich zwischen sich und der Mehrheit ziehen würde.

Die ersten Monate nach der Zimmerwalder Konferenz waren in Deutschland durch eine grosse Reihe von Willkürhandlungen der Militär- und Polizeibehörden charakterisiert. Mehrere Genossen in Berlin und dem Rheinlande und in Württemberg wurden plötzlich verhaftet; anderen wurde von den Justizbehörden der Prozess gemacht; dass hier stets Verurteilungen zu längeren Gefängnisstrafen erfolgten, ist selbstverständlich. Aber vielfach wurde diese Strafe von der Militärdiktatur noch verschärft. Wo das Gericht vorläufige Haftentlassung aussprach, setzten die Militärbehörden mit Internierungen ein. In Rheinland-Westfalen wurde Anhängern der Minderheit bei Androhung der Internierung, die in Wirklichkeit eine viel schlimmere Strafe bedeutet als Untersuchungs- und selbst Straffhaft, jede parteipolitische Tätigkeit verboten. Die Schamlosigkeit des betreffenden Generalkommandos ging so weit, den betreffenden Genossen anzukündigen, dieses Verbot und die Androhung würden zurückgezogen werden, wenn die Genossen «mit Bedauern» öffentlich ihre Zugehörigkeit zur Partei-Linken *widerrufen* würden! Diese Parteinahme der Behörden für die Politik der Fraktionsmehrheit zeigt sich auf Schritt und Tritt. Zugehörigkeit zur

Linken gilt bei Polizei, Justiz und Militär als verdacht- und straferschwerend. In einem Prozess gegen den Genossen Walcher, früheren Redakteur der Stuttgarter Tagwacht, konstruierte der Staatsanwalt in seiner Anklage sogar zwei verschiedene «Klassen» in der Partei (die der «Minderheit» und «Mehrheit») und sah in der Polemik der Minderheit gegen die Mehrheit eine — in Deutschland nach § 130 des Strafgesetzbuches strafbare — «Aufreizung zum Klassenhass»!

Trotz dieser offenen ständigen Parteinahme der herrschenden Klassen für die «Parteimehrheit», tut diese (einschliesslich des Parteivorstandes) in der *Oeffentlichkeit* nichts, um sich diese kompromittierende Hilfe zu verbitten und die «Minderheit» vor weiteren Gewaltakten zu schützen. Das führt natürlich zu steigender Erbitterung in den Partei-Auseinandersetzungen und zu festerem Zusammenschluss der Opposition in ganz Deutschland. Bisher operierten die lokalen «Minderheiten» ziemlich isoliert. Die Bedingungen des Kampfes gegen die Regierung, für den Frieden und gegen die Parteimehrheit, die alle oppositionellen Regungen zu erdrosseln sucht, machen den Zusammenschluss immer notwendiger. Es ist bezeichnend, dass selbst *Kautsky*, der Vertreter des «Partei-Zentrums», jetzt in der «Neuen Zeit» das selbständige, geschlossene Auftreten der Fraktions-Minderheit (in der Liebknecht bekanntlich so gut wie isoliert ist) für gerechtfertigt erklärt. Ob dieser sanfte Trompetenstoss grössere Wirkungen haben wird als der Protestruf vom 9. Juni und das «Gebot der Stunde», muss abgewartet werden — die Enttäuschung über das unentschiedene Verhalten der Fraktionsminderheit in der August-Sitzung des Reichstages ist noch zu gross.

So sehr auch die Parteimehrheit sich bemüht, Illusionen über den wahren Charakter dieses Krieges und der Regierungsabsichten zu verbreiten, wird ihre Arbeit durch immer neue reaktionäre Massnahmen der Regierung selbst durchkreuzt. Der vom Vorwärts veröffentlichte Erlass des Polizeiministers von *Löbell* mit Anweisungen zur Korruption der Presse hat weiten Kreisen die Augen geöffnet, was von der versprochenen «Neuorientierung» der politischen Verhältnisse zu erwarten ist. Selbst die indifferentesten Volksschichten werden aber durch die *Teuerung* aufgerüttelt. In vielen Bezirken haben sich bereits Epidemien als Folge der Unterernährung eingestellt. Selbst der Mittelstand leidet unter den ungeheuer gestiegenen Preisen, die nur durch ausserordentliche Massnahmen der Regierung herabgedrückt werden könnten, nachdem die Regierung ein volles Kriegsjahr hindurch untätig zur Seite gestanden hat. Die begeisterten «Kriegssozialisten» sind denn auch heute völlig stumm geworden oder klagen ebenfalls die Regierung wegen ihrer Versäumnisse an. Die Regierung steht aber vollständig unter der Herrschaft der feudalen Junker und Agrarier und sieht ihre erste Sorge darin, Angriffe auf die Agrarier abzuwehren. Die Presse wird noch stärker geknebelt als zuvor. Der *Vorwärts* ist bekanntlich völlig unter Vorzensur gestellt worden, weil er das Verbot, Worte wie «Wucher» etc. zu gebrauchen, übertreten hat. Dabei muss hervorgehoben werden, dass diese Knebelung der Presse gerade von den Zivilbehörden (der Reichsregierung selbst) ausgeht, während die Parteimehrheit bisher jede Zensurmassnahme als zufälligen Missgriff untergeordneter Instanzen zu entschuldigen suchte. In zahlreichen Orten hat die Missstimmung sich in Ausschreitungen auf Märkten, Demonstrationen vor Rathäusern und Deputationen an die Ministerien und Gemeindeverwaltungen entladen. Auf die Krawalle antworteten die Militärbehörden mit der Verschärfung des Belagerungszustandes oder (wie in Berlin) mit Plakaten, in denen bei Androhung von Todes- und Zuchthausstrafen vor «Zusammenrottungen» gewarnt wird, wodurch die Erbitterung natürlich nur gestiegen ist. Ueber alle Demonstrationen gegen die Teuerung darf in dem grössten Teile der Presse ebensowenig berichtet werden wie über die Gewaltmassnahmen zur Unterdrückung der Bewegung.

Die Parteileitung selbst hat bisher nichts getan, um die Führung der Demonstrationsbewegung zu übernehmen. In der letzten Sitzung des Parteiausschusses haben Genossinnen aus Gross-Berlin sich zwar den Eintritt erzwungen, um dem Ausschuss und Vorstand der Partei ihre Wünsche zur Lebensmittelfrage vorzutragen und den Parteivorstand zu schärferem Kampfe gegen den Lebensmittelwucher anzuregen. Aber aus den Debatten im Parteiausschuss ging zur Genüge hervor, dass die Parteileitung vor solchen Mitteln zurückschreckt.

Eine Resolution von Parteigenossen Württembergs.

Vertreter derjenigen württembergischen Sozialdemokraten, die auf dem Boden des sozialdemokratischen Klassenkampfes stehen, drücken ihre Freude darüber aus, dass es gelungen ist, die zersprengten Truppen der auf dem Klassen-

kampfstandpunkt stehenden Sozialdemokraten international zusammenzuführen.

Angesichts des immer klarer zutage tretenden Charakters des Weltkrieges als eines imperialistischen Eroberungskrieges, der jetzt schon in seinem Verlaufe sein volksfeindliches Wesen immer krasser offenbart, begrüssen die Genossen die Konferenz zu Zimmerwald als den ersten Schritt des wiedererwachten Proletariats zum internationalen Kampf gegen den Krieg und gegen die herrschenden Klassen. Sie erwarten, dass dieser Kampf der neu gesammelten Truppen der Internationalen auf breiterer internationaler Basis weitergeführt wird.

Sie erklären sich mit den Beschlüssen der internationalen sozialistischen Konferenz zu Zimmerwald *einverstanden* und geloben alles zu tun, um im Sinne und Geiste der Konferenz im eigenen Lande zu arbeiten.

Sie begrüssen mit besonderer Genugtuung, dass die Konferenz in ihren Verhandlungen zum Ausdruck gebracht hat, dass der Kampf für den Frieden nur vom Standpunkt des unentwegten proletarischen *Klassenkampfes* geführt werde, der offen und konsequent durchzuführen ist. Die württembergischen Genossen sind wie die Konferenz der Ansicht, dass nur ein rückhaltloses Eintreten für die Interessen des Proletariats für die Sache des Sozialismus die nationalistisch-imperialistischen Illusionen bei den Massen zerstören und neues Vertrauen in ihre eigene Kraft und Macht bringen kann.

Sie wollen trotz der harten Verfolgungen und Drangsalierungen des triumphierenden Militarismus nichts unversucht lassen, um die breiten proletarischen Massen aufzurütteln und sie an ihre geschichtliche Pflicht im Befreiungskampf der Menschheit gegen Barbarei und Unterdrückung von Völkern und Klassen zu mahnen.

Die Zimmerwalder Konferenz und die französische Arbeiterbewegung.

Die Genossen *A. Merrheim* und *A. Bourderon*, die an der *Zimmerwalder Konferenz* teilnahmen, haben das Manifest und den offiziellen Verhandlungsbericht in einer Broschüre, die für die Massenverbreitung bestimmt ist, veröffentlicht. Bekanntlich hatte die französische Zensur die Veröffentlichung der Zimmerwalder Beschlüsse nicht zugelassen, und um so erfreulicher ist es jetzt, dass die beiden Genossen für die Publikation sorgten. Auf diesem Wege werden auch die französischen Arbeiter über die Bemühungen zur Wiederherstellung der internationalen sozialistischen Verbindungen unterrichtet.

Die Broschüre der Genossen *Merrheim* und *Bourderon* enthält als Einleitung ein besonderes Kapitel, in dem sie darlegen, weshalb sie nach Zimmerwald gegangen sind. Wir geben dieses Vorwort in vollständiger deutscher Uebersetzung:

„Warum wir nach Zimmerwald gegangen sind.“

«Die Resolutionen, die hier folgen, erheischen eine kurze Erklärung. Sie markieren ein bedeutungsvolles Stadium in unsern Bemühungen.

Als die verwirrenden und wahnsinnigen Augenblicke, die den Mobilisationen und den Kriegserklärungen folgten, hinter uns waren, haben wir uns wieder gefunden. Man musste *entweder* für den Krieg sein und die ganze Vergangenheit, das ganze gewerkschaftliche und internationale sozialistische Denken verleugnen, oder man musste *gegen* den Krieg sein und entschlossen und treu die hohen Interessen der Arbeiterklasse und der Menschheit vertreten.

Unsere Zweifel waren gering, und unsere Pflicht als Klasse setzte sich unwiderstehlich in unserm Herzen, in unserm Geist, in unserer Ueberzeugung als aktive Kämpfer und Arbeiter fest.

Im Gegensatz zu uns erklärten und behaupteten die Herrschenden und ihre liebedienerische Presse, dass sie die Sache der Zivilisation und des menschlichen Fortschrittes verteidigen, aber keinen Augenblick ist uns dieser gewaltige Konflikt als ein Freiheitskrieg erschienen und ebensowenig als ein Kampf der Zivilisation gegen die Barbarei. Wir dachten im Gegenteil, dass alle Regierungen und ihre Diplomaten die verbrecherischen Urheber dieses Krieges seien, dass, wie auch immer sein Ausgang sein möge, es gewiss einen Besiegten gebe: *das organisierte Proletariat*, weil es den Krieg nicht zu verhindern wusste und sich ihm nicht energischer entgegenetzte; dass in Wirklichkeit alle Freiheiten der Arbeiterklasse durch diesen Krieg kompromittiert würden und der Gefahr ausgesetzt seien, nach diesem blutigen Durcheinander überhaupt zu verschwinden.

Aus diesem Grunde haben wir in unsern Kreisen von Anfang an erklärt, *dass dieser Krieg nicht unser Krieg sei*, dass die Völker, die Arbeiterklassen aller Länder nichts anderes als den Frieden und die Freiheit verlangen, und da sie die

Entfesselung des Krieges nicht zu verhindern wussten, haben wir uns bemüht, dessen abscheuliche Wirkungen und seine Dauer nach Massgabe unserer schwachen Kräfte zu begrenzen.

Wir haben jede Gelegenheit wahrgenommen, um die internationalen Verbindungen zu erneuern, indem wir alle Vorschläge, die in dieser Richtung gemacht wurden, wärmstens unterstützten.

Den Sozialisten der neutralen Länder des Nordens, die im November 1914 die Konferenz von Kopenhagen vorbereiteten, glaubten wir, dass die C. G. T. ihre Sympathien und ihre herzlichen Aufmunterungen übermitteln sollte, und wir hofften, dass die sozialistische Partei ihnen gegenüber ihre freundlichen Gefühle kundgeben würde.

Als am 2. Dezember 1914 Karl Liebknecht seine mutige Erklärung im Reichstage machte, zollten wir ihm unsern Beifall in der Meinung, dass seine Worte in Frankreich ein Echo finden und nachgeahmt würden.

Als Mitglieder der französischen Delegationen an der Konferenz zu London haben wir dort unsern Standpunkt bestätigt: dass die Ursache des Krieges im Imperialismus liege. Wenn wir uns der vorgeschlagenen Resolution, die ein Kompromiss war, anschlossen, so deshalb, weil wir dachten, dass diese Resolution nur der erste Schritt zu einer internationalen Konferenz sei, zu der alle Nationen eingeladen würden und sich an ihr vertreten liessen.

Jedesmal, wenn nach Liebknecht grössere Gruppen in Deutschland ihr Vorhandensein durch Kundgebungen anzeigten und Aufrufe erliessen zugunsten einer internationalen proletarischen Friedensaktion, haben wir uns bemüht, in Frankreich eine parallele Bewegung herbeizuführen.

Welches war nun diesen Kundgebungen gegenüber das Verhalten des Bundeskomitees der C. G. T. und der sozialistischen Partei?

Was Kopenhagen anlangt, so glaubte das Bundeskomitee, dass die Einladung nicht einmal einer Antwort wert sei, und die sozialistische Partei lehnte sich direkt gegen die Konferenz auf.

Nach den Erklärungen von K. Liebknecht haben sie nichts zu sagen gewusst.

Nach unserer Rückkehr von der Londoner Konferenz hätte man angesichts der tendenziösen und ungenauen Interpretationen seitens gewisser offizieller Delegierter der sozialistischen Partei die Absicht und den Charakter der Resolution, auf welche sich die zwei Tendenzen geneigt hatten, präzisieren müssen. Das Bundeskomitee weigerte sich, darüber sich auszusprechen, indem es den Protest, der ihm unterbreitet wurde, einfach ausschaltete. Die Aufrufe und Kundgebungen, die von Deutschland kamen und an die Arbeiterklassen aller Länder gerichtet waren, konnten sie nicht ignorieren und sich auch nicht direkt weigern, sie zu beantworten. Aber man tritt sich über die Echtheit, über ihre Aufrichtigkeit und über ihre Herkunft, die man als zweifelhaft bezeichnete. Man behauptete, es sei notwendig, sich vorher zu informieren und Erhebungen zu machen, und alles das zu keinem andern Zwecke, als um Zeit zu gewinnen und nicht antworten zu müssen.

Bei allen diesen Gelegenheiten haben wir uns von der Majorität des Bundeskomitees getrennt. Gegen die Aufrufe für eine proletarische Friedensaktion wollten wir um keinen Preis taub bleiben.

So hatte sich der Metallarbeiter-Verband am 16. April 1915 entschlossen, in der Maifest-Nummer seines Organs das Manifest zu veröffentlichen, da es einige Zeit vorher von den Freunden Liebknechts publiziert worden war; der Metallarbeiter-Verband forderte am 17. April das Bundeskomitee auf, diese Kundgebung zur Kenntnis aller angeschlossenen Verbände zu bringen. Das Bundeskomitee weigerte sich, das zu tun.

Nachdem man uns bei diesen verschiedenen Gelegenheiten bösen Willen unterschoben hatte, und angesichts der Hemmnisse, die man uns systematisch bereitete, haben wir am 29. Mai 1915 eine Konferenz der Arbeitsbörsen, der Gewerkschaftsunionen und der Verbände einberufen, indem wir der Ansicht waren, es sei höchste Zeit, dass die Provinz-Organisationen sich versammeln würden, um ihr Urteil über das Verhalten der C. G. T. abzugeben.

Zu gleicher Zeit verschickte die sozialistische Föderation der Haute-Vienne einen Bericht an alle Föderationen der Partei, der die Stellung von Liebknecht und seinen Freunden bekanntgab. Sie erinnerte gleichzeitig an die Beschlüsse der internationalen sozialistischen Kongresse; sie gab der tiefen Hoffnung Ausdruck, dass die sozialistische Partei Frankreichs diesen Anstrengungen zugunsten einer internationalen Friedensaktion williges Gehör schenken würde, und forderte die Wiederaufnahme der internationalen sozialistischen Beziehungen. Der am 14. Juli 1915 versammelte Nationalrat der Parteien wollte aber den Urheber dieses sozialistischen Bekenntnisses nicht folgen. Man kennt die Antwort, die durch die Resolution erteilt wurde, eine Resolution, die durch eine geheime Motion ergänzt wurde.

Die Gewerkschaftskonferenz fand am 15. August 1915 statt. Die Art und Weise, wie über ihre Verhandlungen berichtet wurde, erlaubt selbstverständlich nicht, zu wissen, was dort gegangen ist. Alles, was wir hier für den Augenblick sagen wollen, ist, dass sich eine bedeutende Minderheit zeigte, die unsern Standpunkt teilte, und dass sich, seitdem die Konferenz stattfand, zahlreiche Ermutigungen seitens der Organisationen und neue Zustimmungen einstellten.

Seitens der sozialistischen Partei hatte die Geschäftsleitung der sozialdemokratischen Partei der Schweiz den Zusammentritt der internationalen sozialistischen Partei verlangt. Die französischen und belgischen Mitglieder des Bureaus widersetzten sich diesem Verlangen.

Nun beschlossen die italienischen Genossen, eine internationale Konferenz zu organisieren und dazu alle sozialistischen und Arbeiterorganisationen aller neutralen und kriegführenden Länder einzuladen, um die Beziehungen zwischen ihnen wieder herzustellen und in allen Ländern eine gemeinsame Friedensaktion zu ermöglichen. Das ist der Ursprung der Konferenz, die in den Tagen vom 5. bis 8. September 1915 in Zimmerwald (Schweiz) stattfand.

Wir haben auf diesen Vorschlag in aller Herzlichkeit zustimmend geantwortet und schätzen uns heute glücklich, dass wir uns an der Konferenz beteiligten. Es war eine schöne, belebende Manifestation, die die Tiefe und die Dauerhaftigkeit der internationalistischen Gefühle zum Ausdruck brachte. Wir werden sie alle in unvergänglicher Erinnerung bewahren, und wenn die französische Delegation in Zimmerwald nur eine bescheidene war, so nur wegen der Gewalttätigkeiten der Regierung, die gegenwärtig unbegrenzt sind. Genau so wie unsere englischen Kameraden von der Independent Labour Party und der British Socialist Party wurden auch unsere Freunde von der Gewerkschafts-Union des Rhone-Departements durch die Weigerung der Ausfolgung der nötigen Pässe an der Teilnahme der Konferenz verhindert.

Die Konferenz hat einer gemeinsamen Erklärung der deutschen und der französischen Delegationen beigepflichtet und einstimmig ein Manifest angenommen, dessen Text hier folgt. Diese Erklärung und dieses Manifest bilden die Grundlage der Aktionen, die wir nun durchführen und erweitern sollen unter Mitwirkung derer, die sich uns anschliessen werden.

Wer in der Arbeiterklasse könnte sich gegen diese Aktion erheben?

Welche von den Arbeiter- und sozialistischen Organen könnten unser Verhalten und unsere Initiative verurteilen?

Wer würde es wagen, all dem, dessen Zeugen wir sind uns den Burgfrieden entgegenzuhalten? Zu lange haben die Arbeiter und ihre Klassenorganisationen unter der Fuchtel des Burgfriedens geschwiegen. *Der Burgfriede war der Vorwand, um ihnen alle Opfer aufzuladen und ihnen alle Pflichten zu überbürden, ohne jedes andere Recht als das, moralisch und materiell zu leiden, zu Krüppeln geschlagen oder getötet zu werden.* Der Burgfriede rechtfertigt die Schikanen, die Angriffe auf die Gewissensfreiheit, ja selbst die Verbrechen, unter denen unsere Kameraden bis zum Wahnsinn leiden, auf die in ihrem Heim sowohl wie in den Schützengräben das ganze Gewicht des Krieges zurückfällt.

Der Burgfriede dient dazu, die schamlose Ausbeutung der Frauen, der Kinder und im allgemeinen aller Arbeiter, gleichgültig, ob sie für den Kriegsbedarf arbeiten oder nicht, zu verhüllen.

Der Burgfriede maskiert die Vergeudung, die Sorglosigkeit, die Spekulation, die eine der Ursachen, wenn nicht die Hauptursache der empfindlichen Steigerung der Lebenskosten, die immer wieder eintreten, ist.

Der Burgfriede erlaubt den Chauvinisten, den Hass zu entfesseln, den Geist der Eroberungslust zu gebären und zu entwickeln, die Unmöglichkeit, die Arbeiter-Internationale wieder zum Leben zu erwecken, als ein höheres Gebot der Arbeiter zu proklamieren, um nach dem Kriege die Aufhebung, wenn nicht die völlige Unterdrückung aller Freiheiten, jeder solidarischen Aktion, die die Klassenforderungen der Arbeiterschaft vertritt, vorzubereiten.

Während vor einigen Jahren, als es sich um die Arbeiterversicherung handelte, man uns einige 100 Millionen für unsere Alten verweigerte, werden 17 Monate des Krieges mehr als 30 Milliarden Franken in zügelloser Verschwendung verschlungen haben, und die Existenz von Millionen unserer Kameraden wird geopfert sein.

Und das ist noch nicht alles.

Nach Italien sind es die Balkanstaaten, die durch den Blutausch, der Europa in den Abgrund stürzte, in den Krieg verwickelt wurden.

Man spricht uns von neuen Anstrengungen im nächsten Frühjahr. Andere sollen im Laufe des Sommers folgen — und der Friede vielleicht dann im Herbst 1916. (!)

Die Totalausgaben aller kriegführenden Nationen erreichen dann, wenn sie diese Summe nicht noch überschreiten, die Höhe von 14 Milliarden Franken im Monat, das heisst

180 bis 200 Milliarden werden ausgegeben sein Ende 1915. Dutzende und Hunderte anderer Milliarden werden folgen.

Millionen menschlicher Wesen sind schon vernichtet, und andere Millionen von Blinden und Wahnsinnigen, von Krüppeln und Leichen werden folgen. In den Familien aller Nationen wird sich die Zahl der Witwen und Waisen unermesslich vermehren.

Sollten wir vor diesen furchtbaren Aussichten schweigen? Man wollte uns zum Schweigen zwingen? Man würde vollständige Preisgabe aller menschlichen Gefühle der Solidarität und der tief in uns allen verankerten Brüderlichkeit verlangen, um uns zu verhindern, über die Grenzen und Schlachtfelder hinweg unsern Brüdern in Deutschland und Oesterreich und in allen kriegführenden Ländern die Bruderhand zu reichen? Wenn in den Schützengräben in den Stunden der Ruhe und der Erschöpfung die Kämpfer sich achten und sich lieben, wollte man uns da hindern, mit ihnen zu fühlen, zu denken und vom Frieden zu sprechen?

Das einzige erlaubte Gefühl wäre der Hass, und wir würden es unsern Regierenden und ihren Diplomaten, die uns in diesen Krieg hineinführten, überlassen, die Friedensbemühungen zu regeln, ohne dass die Arbeiterklasse vorher ihre Ansichten und ihren Willen kundgegeben hätte? Mit einem Wort: Wir müssten von unsern Herrschenden die Erlaubnis erhalten, um vom Frieden sprechen zu dürfen? Wir würden einzig *ihren* Willen zum Frieden dulden, wie wir *ihren* Willen zum Kriege geduldet haben?

Ein solches Verhalten würde durch die Arbeiterklasse im allgemeinen, besonders aber durch jene von uns, die auf den Schlachtfeldern ihr Leben opfern, wie eine Verleugnung und Preisgabe der historischen Mission bezeichnet werden, da die Arbeiter- und sozialistischen Organe durch ihre Anstrengungen für den Sozialismus etwas anderes erwarten dürfen.

Nur durch die internationale, gemeinsame und gleichzeitige Aktion der Arbeiterklassen aller Länder können wir die Herrschenden daran verhindern, dass sie in den Friedensverträgen Bestimmungen aufnehmen werden, die für die Interessen aller Arbeiter unheilvoll sind. Nur durch eine solche Aktion ermöglichen wir die Fortsetzung unserer Klassenbewussten und internationalen Aktionen nach dem Kriege. Das war immer unsere Auffassung, die wir kundgaben, und deswegen gingen wir nach Zimmerwald. An alle, die den dort beschlossenen Resolutionen, nachdem sie sie gelesen und gewürdigt haben, zustimmen, richten wir den vorliegenden Appell. Mögen sie sich uns anschließen! Mit ihnen werden wir unsere Aktion für die angedeuteten Ziele, für die Herstellung des Friedens unter den Völkern durchführen und verstärken können. Mögen sie uns ihre Zustimmung direkt oder durch Vermittlung von in Paris wohnenden Freunden zusenden. Wir warten darauf mit Vertrauen und mit der festen Entschlossenheit, zu handeln.

Wir zählen auf die Arbeitsbörsen, auf die Gewerkschaftsunionen, auf die nationalen Berufs- und Industrieverbände, auf die sozialistischen Departements-Organisationen, damit dieser Aufruf zur Kenntnis ihrer Sektionen und ihrer Gewerkschaften gelange.

A. BOURDERON

Mitglied der sozialistischen Partei,
12. Sektion, Paris.

Verband der Küferarbeiter
182, rue de Charenton, Paris XII.

A. MERRHEIM

Verband der Metallarbeiter

33, rue Grange-aux-Belles, Paris X.

Die Auffassung des deutschen Parteivorstandes.

Der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands richtete an die Vorstände der Bezirks- und Landesorganisationen folgendes Rundschreiben:

Berlin, den 2. Oktober 1915.

Werte Parteigenossen!

In den Tagen vom 5. bis 8. September dieses Jahres hat in Zimmerwald bei Bern eine Zusammenkunft von Sozialisten aus verschiedenen Ländern stattgefunden. Die Teilnehmer glaubten, in dieser schweren Zeit den Interessen des Proletariats dadurch zu dienen, dass sie in einem wortreichen Manifest zunächst allerlei Vorwürfe gegen die Parteiorganisationen der verschiedenen Länder erhoben.

Das Ergebnis der Konferenz war die Einsetzung einer sogenannten Internationalen sozialistischen Kommission, im Gegensatz zu dem Internationalen sozialistischen Bureau im Haag. Die Bedeutungslosigkeit der Zimmerwalder Zusammenkunft wird durch die Feststellung folgender Tatsachen dokumentiert: Es waren in Zimmerwald nicht vertreten: die sozialistischen Parteien von Frankreich, England, Belgien, Deutschland, Oesterreich, Dänemark, Schweden, Norwegen, Holland, Schweiz, Spanien, Vereinigte Staaten von Amerika usw.

Als die *berufenen* Vertreter der sozialdemokratischen

Partei Deutschlands erinnern wir noch einmal ausdrücklich daran, dass

1. die deutsche Partei vollkommen *einig* ist in ihrem *Friedenswillen*;
2. die Leitung der *deutschen Sozialdemokratie* alles, was in ihren Kräften stand, *getan hat* und weiter tun wird, um einen *baldigen Frieden* zu erzielen;
3. die Leitung der sozialdemokratischen Partei Deutschlands mit ihren Bestrebungen im *Auslande* bisher leider *wenig Gegenliebe* gefunden hat;
4. es selbstverständlich nur die Aufgabe der *berufenen Parteileitung* sein kann, Verhandlungen mit den Bruderparteien zu führen.

Die *persönliche* Teilnahme deutscher Parteigenossen an sogenannten internationalen Konferenzen ist nur geeignet, die Anknüpfung freundschaftlicher Beziehungen mit dem Auslande zu erschweren, weil sie den *Anschein* erwecken muss, als sei in der deutschen Partei *nur eine kleine Minderheit für den Frieden*. Das *Gegenteil ist wahr*; für die gesamte Partei haben die *berufenen Körperschaften* wiederholt den Willen zum Frieden und die Stellungnahme gegen alle Annexionspläne öffentlich bekundet.

Nach einem Beschlusse der Zimmerwalder Konferenz soll der Wortlaut des Manifestes den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen zugesandt werden mit dem Ersuchen, eine *Zustimmungserklärung* an die eingesetzte Kommission in der Schweiz gelangen zu lassen. Wir dürfen wohl *erwarten*, dass unsere Organisationen dieser Aufforderung *nicht Folge leisten werden*; der so notwendigen Einheit und Geschlossenheit der Partei würde damit nicht gedient werden. Wir lehnen jede Verantwortung für die Zimmerwalder Konferenz ab.

Wir machen ferner aufmerksam auf einen von einem in der Schweiz neuerlich gegründeten «Bureau des internationalen Verbandes sozialistischer Jugendorganisationen» veröffentlichten *Aufruf* an die sozialistische Jugend aller Länder, in dem u. a. gesagt wird: Der Boden für eine revolutionäre Empörung ist gegeben; säen wir.

Wir machen es allen Organisationen zur dringenden Pflicht, besonders die in der Jugendbewegung tätigen Genossen vor jedem unüberlegten Tun zu warnen.

Die Parteigenossen können überzeugt sein, dass die Parteileitung nichts versäumt, um die Interessen des Proletariats nach bester Ueberzeugung wahrzunehmen, *soweit das die Kriegsverhältnisse zulassen*. Die Parteileitung wird um so besser in der Lage sein, ihren schwierigen Aufgaben gerecht zu werden, je geschlossener ihr der Partei zur Seite steht, je entschiedener die Ratschläge unverantwortlicher Ratgeber abgelehnt werden.

Mit Parteigruss

Der Parteivorstand.

Die französische Parteileitung zur Zimmerwalder Konferenz.

Die bereits in einer frühern Nummer erwähnte Erklärung der französischen Parteileitung zur Zimmerwalder Konferenz lautet:

«Angesichts der Versuche von zwei Genossen, in der Seine-Föderation eine Propaganda zu entfalten auf der Grundlage der Beschlüsse einer in der Schweiz, in Zimmerwald, abgehaltenen Versammlung, wohin sie sich ohne Mandat der Partei begeben hatten, um mit andern Sozialisten aus neutralen und kriegführenden Ländern, die meisten ihrerseits ohne Mandat, über die Friedensfrage zu verhandeln,

«erinnert die Permanente Verwaltungskommission, dass sie sich weigerte, an dieser Konferenz wie an ähnlichen seit Beginn des Krieges stattgehabten Veranstaltungen teilzunehmen.

«In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des Nationalrates vom 14. und 15. Juli, bestätigt sie aufs neue, dass ein dauernder Friede nur durch den Sieg der Alliierten und den Ruin des deutschen militaristischen Imperialismus erlangt werden kann und dass jeder andere Friede, jeder verfrühte Friede nur ein Trugbild oder eine Kapitulation wäre.

«Der Nationalrat hat erklärt und die Permanente Verwaltungskommission wiederholt es mit ihm, «dass der den Alliierten durch die Herrschenden Deutschlands aufgezwungene Kampf bis zu seinem logischen Ende geführt werden müsse, das heisst bis zur Niederringung des deutschen Militarismus, damit der Welt die grosse und notwendige Lehre einer durch den Widerstand freier Völker gebrochenen Unternehmung der Weltherrschaft erteilt werde.

«Die Permanente Verwaltungskommission ladet daher alle Föderationen und ihre Sektionen ein, auch nur den Schein einer Beteiligung an einer im Gegensatz zu den Interessen der nationalen Verteidigung und der nationalen und internationalen Organisation des Sozialismus, die man zu festigen behauptet, stehenden Propaganda zu vermeiden.»

Der italienische Parteivorstand und die Konferenz.

Der Mitte Oktober in Turin versammelt gewesene Vorstand der italienischen Parteileitung hat folgende Resolution zur Zimmerwalder Konferenz gutgeheissen:

«Die Parteileitung begrüsst lebhaft das Wiedererwachen der internationalen Bewegung, die in prächtiger Weise durch die Ergebnisse der Konferenz zu Zimmerwald bestätigt wurde, die den Geist der Brüderlichkeit und der Solidarität, der die Arbeiter aller Länder gegen die kapitalistische und imperialistische Bourgeoisie im Kampf gegen den Chauvinismus zusammenführt, erneuerte.

«Die Parteileitung unterstützt das von den zur Konferenz vereinigten Vertretern der verschiedenen Nationen erlassene Manifest in jeder Beziehung und erklärt, seine eigene Haltung wie die der Partei mit den Schlussfolgerungen des Manifestes in Uebereinstimmung bringen zu wollen. Die Parteileitung nimmt Kenntnis von den ersten Arbeiten der internationalen sozialistischen Kommission zu Bern, die die internationale Tradition auf der Grundlage des Klassenkampfes fortführt; er verpflichtet sich, der genannten Kommission alle Hilfe zu gewähren durch persönliche Mitarbeit und nach Massgabe der ihm zur Verfügung stehenden Mittel und beschliesst, das Zimmerwalder Manifest, das die Arbeiter aller Länder zum Kampf gegen den Krieg aufruft, durch jedes Mittel und in jeder Weise, unbekümmert um den Widerspruch der Regierung, zu verbreiten.

«Die Parteileitung fordert alle Parteisektionen, die Parteipresse, die parlamentarische Gruppe, die Parteivertreter in den Provinzial- und Gemeindebehörden, die sozialistischen Arbeiterorganisationen und die einzelnen Genossen zu lebhafter Tätigkeit im Sinne dieser Beschlüsse auf und ermuntert sie, gemäss seinen Instruktionen in internationalem Geiste zu wirken, damit ein Frieden zustandekomme, der den gegenwärtigen Hass der Nationen zerstört, den Völkern die Möglichkeit dauernder Verständigung gibt und die Regierungen in allen Ländern zwingt, das Massenmorden einzustellen.»

Die British Socialist Party und die Zimmerwalder Konferenz.

Unter dem Titel «Die Berner Konferenz» veröffentlicht der «Socialist Record», Organ der British Socialist Party, folgende Notiz:

Anfang Juli hatten Vertreter der B. S. P. eine Unterredung mit dem Abgeordneten *Morgari*, dem offiziellen Vertreter der italienischen sozialistischen Partei, betreffs einer Vorkonferenz, die von den italienischen Genossen nach Bern einberufen wurde. Der Zweck dieser Vorbesprechung war ein Meinungsaustausch über die Friedensbedingungen, die von allen Sozialisten gemeinschaftlich aufgestellt werden sollten, und die Versendung eines Zirkulars an alle Parteien mit einer Aufforderung, Delegierte zu einer Konferenz zu senden, um eine Agitation für die gemeinsam aufgestellten Friedenspostulate anzubahnen. Es wurde erklärt, dass die Veranstalter der Konferenz nicht die Absicht hatten, gegen das sozialistische Bureau aufzutreten oder dagegen zu handeln; ihre Absicht war nur, Vertreter der kriegführenden und neutralen Länder für die allgemeine Aktion und für die Wiederherstellung der Beziehungen zwischen den sozialistischen Parteien aller Länder zusammenzubringen. Die Zeit war zu kurz, um Delegierte zur Vorbesprechung zu senden. Es wurde beschlossen, dass nach der Kenntnisnahme des Berichtes der Verhandlungen der ersten Vorkonferenz die B. S. P. über die Beschickung der zweiten Vorkonferenz beraten und beschliessen würde. Anfangs September hatte die B. S. P. eine zweite Besprechung mit dem italienischen Delegierten; er teilte mit, dass von einer zweiten Konferenz abgesehen werden musste, und forderte die B. S. P. auf, Delegierte zu der am 5. September stattfindenden Konferenz zu ernennen. Der Genosse *Fairchild*, der zum Delegierten ernannt wurde, war durch die *Passverweigerung* daran verhindert, sich an die Konferenz zu begeben.

Die Konferenz fand am 5.—8. September in Zimmerwald statt und wurde von 42 Delegierten besichtigt, welche Parteien und Parteiminoritäten aus Frankreich, Deutschland, Holland, Norwegen, Schweden, Italien, Schweiz, Bulgarien, Russland, Polen und Rumänien vertraten. Das von der Konferenz einstimmig angenommene Manifest ist in der «Justice» vom 30. September veröffentlicht worden; der Bericht über die Verhandlungen der Konferenz ist in der «Justice» vom 7. Oktober enthalten.

Nach der Kenntnisnahme vom Manifest beschloss das Komitee der B. S. P. mit 5 Stimmen gegen 3, folgende Erklärung zu veröffentlichen:

«Das Exekutivkomitee der B. S. P. begrüsst die Zimmerwalder internationale sozialistische Konferenz als Beweis des wachsenden Willens der Sozialisten aller Länder, die internationalen Beziehungen zu erneuern, und hofft, dass der Zimmerwalder Konferenz in kurzer Zeit eine Aktion des internationalen sozialistischen Bureaus folgen wird.»

Tätigkeitsbericht des Organisationskomitees der S. D. A. P. Russlands.

Das «Auswärtige Sekretariat des Organisationskomitees der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands» sendet uns einen längeren Situationsbericht, dem wir folgendes entnehmen:

Aus der immer mehr um sich greifenden *Massenbewegung* der Arbeiter Russlands sind zu betonen: eine Welle sporadischer ökonomischer Streiks im *Dongebiet* und am *Ural*, *Zentralrussland* und *Petersburg*, dann partielle politische Streiks und überhaupt eine revolutionäre Gärung, die vorläufig ihren Kulminationspunkt in den letzten Proteststreiks aus Anlass der Dumaauflösung fand: in *Petersburg* streikten 150,000 Arbeiter, und bedeutende Streiks fanden auch in *Moskau*, *Nischni-Nowgorod*, *Jekaterinoslaw* und *Charkow* statt.

Auf der Basis der wachsenden Aktivität der Arbeiterschaft entwickelte sich auch immer intensiver die Tätigkeit unserer Partei. In diesem Berichte wollen wir die Arbeit des durch das *Organisationskomitee* vertretenen Teiles der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands, der, wie bekannt, ausser eigentlich *russischen* Organisationen auch die *kaukasische* Sozialdemokratie und den jüdischen *Bund* umfasst und in der Duma von der sozialdemokratischen Fraktion mit Genossen *Tschscheidse* an der Spitze vertreten ist.

Die Haltung unserer Dumafraktion ist zur Genüge bekannt. In allen Dumasessionen haben unsere Deputierten die Kredite verweigert, gegen Annexionen während der russischen Siege in Galizien protestiert, die «nationale Einigung» entlarvt und ihr die internationale Solidarität der Proletarier aller Länder gegenübergestellt; sie haben ohne Zögern aus ihrer Mitte den Abgeordneten *Manjkow* ausgesprochen, als er sich gegen die Forderung des Friedens erklärte und bei der Kreditabstimmung sich der Stimme enthielt; sie lehnten es entschieden ab, in das von der Duma gebildete «Komitee der nationalen Verteidigung» einzutreten, auch während der grössten militärischen Niederlagen.

Im vollen Einklang mit unserer offenen Vertretung nahm auch das *Organisationskomitee* gleich von Anfang an den Standpunkt ein, dass es für die internationale Sozialdemokratie «unmöglich ist, die Erfolge der demokratischen und sozialistischen Bewegung mit dem Siege der einen oder der andern Koalition dieses Krieges zu verknüpfen», — darum ersehen wir nur in der *Wiederherstellung der internationalen Beziehungen des Proletariats* «den ersten notwendigen Schritt, um durch gemeinsame Anstrengungen der grässlichen Metzerei ein Ende zu bereiten und bei der Liquidation des Krieges solche Bedingungen zu stellen, die dem Proletariat seinen Weg zum Endziel, dem Sozialismus, erleichtern werden» (aus dem vom Organisationskomitee aus Russland der Kopenhagener Konferenz zugesandten Bericht).

Von den vom Organisationskomitee und den ihm angeschlossenen Organisationen illegal herausgegebenen *revolutionären Aufrufen* sind folgende hervorzuheben: Die Aufrufe des Organisationskomitees sowie der Petersburger Initiativgruppe aus Anlass des Kriegsabbruches, dann der Verhaftung der sozialdemokratischen Abgeordneten, der Judenhetze, des Moskauer Pogroms, der Maifeier, der Dumaauflösung u. a. m.; ausserdem noch verschiedene Aufrufe der Petersburger Initiativgruppe der Drucker, des kaukasischen Landeskomitees, des «Bundes». Eine der ersten vom Organisationskomitee in Russland herausgegebenen Proklamationen «An alle Bürger Russlands» (datiert vom 15. November 1914) spricht vom Kriege, «den das Volk nicht wollte, der gegen seinen Willen begonnen war und für den nur die heutigen Weltgebieter die volle Verantwortung tragen», und das Proletariat wird aufgefordert, «nicht zu vergessen, dass es noch während des Krieges sein wichtiges Wort wird sagen müssen»... Der letzte von uns erhaltene Aufruf des Organisationskomitees unterstreicht, dass «auf die russische Arbeiterklasse eine besondere *Verantwortlichkeit* für die kommenden Ereignisse vor der ganzen Internationalen auferlegt ist», und schliesst mit dem Ruf: «Nieder die Regierung des Verrats! Es lebe die Revolution! *Es lebe der von den Völkern geschlossene Friede!*»

In der letzten Zeit sind drei Parteikonferenzen der dem Organisationskomitee angeschlossenen russischen Organisationen abgehalten worden. Im *Süd-* und im *Wolga-Gebiet* Landeskonferenzen, an denen je fünf bis sechs Vertreter aus verschiedenen Zentren teilgenommen hatten; in *Petersburg* beteiligten sich an der Konferenz 26 leitende Genossen. Auf

allen diesen Konferenzen wurde die Losung der «Verteidigung» nicht nur für den gegenwärtigen Moment, sondern auch für den Fall der Ersetzung der heutigen Regierung durch eine liberaldemokratische *abgelehnt*. Diesen Standpunkt nehmen auch die dem Organisationskomitee angeschlossene *kaukasische Sozialdemokratie* und der «*Bund*» ein.

Eine immer wichtigere Rolle spielten in den letzten Jahren in Russland die *offenen Formen der Arbeiterbewegung*. Trotz dem Kriegszustande und den wütendsten Verfolgungen liessen sich unsere Genossen durch keine Opfer abschrecken, um immer und immer wieder neue Versuche zu machen, sich die früher erkämpften Positionen nicht rauben zu lassen. So gaben im Dezember 1914 und im Januar 1915 unsere nach *Sibirien* verbannten Genossen (F. Dan; Zereteli, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion der zweiten Duma, der seine Katorgastrafe abgebusst hatte; Sweditsch) in *Irkutsk* zwei *ausgesprochen internationalistische* Wochenschriften — die «*Sibirische Rundschau*» und die «*Sibirische Zeitschrift*» — heraus; gleich nach der je ersten Nummer wurden die Redakteure verhaftet und die Schriften sistiert. In *Petersburg* machten unsere Genossen in dem schwersten Moment der Reaktion, im Februar 1915, den Versuch, eine Zeitung, die «*Stimme des Nordens*», herauszugeben, die den Arbeiterinteressen dienen sollte, auch wenn sie keine Möglichkeit besässe, scharfe politische Fragen zu berühren; aber schon nach der achten Nummer wurde sie sistiert. Im August begannen unsere Petersburger Genossen, eine politische sozialdemokratische Zeitung «*Utro*» (Morgen) herauszugeben, die in ihrer ersten Nummer den in allen Ländern schon beginnenden *Prozess der Wiedergeburt des Internationalismus* begrüßte und als ihre Aufgabe «die Förderung dieses Prozesses in der Sozialdemokratie» und «die Durchführung der Linie der selbständigen Arbeiterpolitik», wie sie von der sozialdemokratischen Dumafraktion durchgeführt wird, aufstellte. Das «*Utro*» wurde schon nach der zweiten Nummer sistiert. — In *Saratow* gründeten unsere Genossen auch ein legales Blatt. Die *kaukasischen* Genossen geben während der ganzen Zeit des Krieges ein internationalistisch redigiertes sozialdemokratisches *Tagblatt* und einige Wochenblätter heraus. Regelmässig erscheint auch die Monatschrift «*Die Arbeiterversicherung*» (in *Petersburg*), die von der Zensur arg verfolgt wird.

Mit Ausnahme der Zeitschrift «*Nascha Sarja*», deren redaktionelle Mehrheit den Sieg der Triple-Entente als im Interesse der Demokratie liegend für wünschenswert hielt, im Unterschied aber zu den französischen Sozialisten für Russland die Burgfriedenspolitik ablehnte, *standen alle oben aufgezählten Organe auf dem Standpunkt des Organisationskomitees und der Dumafraktion*.

Dass die internationalistische Linie unserer leitenden Instanzen faktisch die Haltung der *Avantgarde der Arbeiter Russlands* ausdrückt, bewies das imposante Auftreten auf dem am 11. bis 13. Juli in Moskau einberufenen *Kongress zum Kampfe gegen die Teuerung*.* Im Namen der *35 Arbeiterdelegierten* aus verschiedenen Städten Russlands brachten die zwei anwesenden sozialdemokratischen Dumaabgeordneten, unsere Genossen *Chaustow* und *Skobelew*, folgende Erklärung ein:

«Da der Kongress, laut der Absicht seiner Einberufer, die Einigung aller Klassen der russischen Gesellschaft zum einzigen Zweck der nationalen Verteidigung demonstrieren soll, weisen wir darauf hin, dass eine solche *Einigung in Wirklichkeit nicht existiert*.

Die Mehrheit dieses Kongresses, wie seine Einberufer, steht auf einem bürgerlichen nationalen Standpunkt. Wir jedoch stehen nach wie vor auf dem *proletarischen Klassenstandpunkt, der der Standpunkt der Arbeiterinternationalen ist*.

Unser Banner ist das Banner der *Einigung der Arbeiter aller Länder*.

Die *Organisation der Kriegführung ist nicht unsere Aufgabe*. Unsere Aufgabe ist, durch Festigung der internationalen proletarischen Einigkeit den Frieden zu verwirklichen...»

Wir schliessen mit dem Ausdruck der festen Zuversicht, dass das *Zimmerwalder Manifest* in der Avantgarde des revolutionären russischen Proletariats einen begeisterten Widerhall finden wird.

Eine Erklärung der Dumafraktion.

Erst jetzt ist das stenographische Protokoll der letzten Dumasession ins Ausland gelangt. Es enthält ausser den nutigen, in der Presse verstümmelt wiedergegebenen Reden der sozialdemokratischen Abgeordneten auch die Deklaration der *sozialdemokratischen Fraktion*.

* Die Petersburger Anhänger der leninschen Richtung boykottierten die Arbeiterwahlen zum Kongress. In Moskau gingen die Bolschewiki zusammen mit unsern Genossen.

Da sie bis jetzt nirgends vollständig bekannt geworden ist, bringen wir dieses *historische Dokument* getreu der stenographischen Wiedergabe.

Die Deklaration, die von Genossen *Tscheidse* vorgelesen wurde, lautet:

«Das vor einem Jahr breit verkündete Befreiungsprogramm des Krieges — des Krieges im Namen der Grundsätze des Rechts und der Gerechtigkeit, im Namen der Heiligkeit internationaler Verträge, im Namen der Befreiung unterdrückter Völker — hat nun in vollem Masse sein wahres Gesicht enthüllt. Es hat sich nun das wahre Gesicht aller der gezeigt, die das unendliche Leiden der Völker, ihre Opfer an Blut und Gut im Namen der Befreiungs- und Menschlichkeitsziele des Krieges rechtfertigen wollten. Nur bis zu einem gewissen Zeitpunkt war es möglich, die wahre Sachlage vor den Augen der Völker zu verbergen. Die eberne Logik der Tatsachen ist stärker als die Logik der heuchlerischen Phrasen. Der imperialistische, eroberungssüchtige Charakter des Krieges, seine Ziele — mit dem Blut von Millionen der Opfer, die Macht des Kapitals noch fester zu kitten, das Gebiet seiner Ausbeutungstätigkeit noch mehr zu erweitern — dies alles ist jetzt allen klar geworden. Und in dem Masse, in dem die Völker das einsehen, in dem sie sich vom Dunst der chauvinistischen Phrasen und der heuchlerischen Propaganda der Befreiungsziele ernüchtern, wird in ihnen auch der Wille zum Frieden immer stärker und stärker, ja er beginnt sich in unmittelbarem Kampf für den Frieden zu verwandeln.

Vor einem Jahr haben wir von dieser Tribüne aus die Zuversicht verkündet, dass die Völker durch den Krieg belehrt werden. Diese Zuversicht beginnt jetzt zur Wirklichkeit zu werden. In *Deutschland* beginnt in der Person unserer Genossen, der deutschen Sozialdemokratie, das Proletariat seine Stimme gegen den Krieg zu erheben und den Frieden zu verlangen. Wir begrüßen diesen ersten Schritt unserer Genossen, wir erblicken in ihm den Anfang der Einmischung des Proletariats in die Geschicke der Menschheit. Der Kampf für den Frieden, für alle Beteiligten ehrenhaft, für einen Frieden ohne Annexionen; ohne Vergewaltigung irgendeiner Seite, auf der Grundlage einer wahrhaften Selbstbestimmung der Völker, für einen Frieden, der von den Völkern selbst, nicht von den unverantwortlichen Regierungen und ihrer Diplomatie geschlossen sein wird, der Kampf gegen Militarismus in allen seinen Formen, der Kampf für die Volksmiliz und für die Einschränkung der Rüstungen — dies ist die gemeinsame Aufgabe des internationalen Proletariats, der das Proletariat von ganz Russland treu bleibt.

Aber der Kampf für den Frieden ist für das Proletariat Russlands in noch grösserem Masse als für seine Brüder in andern kriegführenden Ländern mit der Aufgabe der völligen inneren Befreiung des Landes und der entschiedenen Demokratisierung der gesamten politischen und sozialen Verfassung verbunden.

Ein Jahr des Krieges hat Russland vor eine ganze Reihe unaufschiebbarer Aufgaben gestellt, von deren Lösung seine Zukunft abhängt. Die unverantwortliche Regierung hat das Land vor die Gefahr des Ruins gestellt. Diese Gefahr wurde vollständig durch das Regiment der selbstherrschaftlichen Bürokratie vorbereitet, durch das Regiment, das auf einer systematischen Unterdrückung jeder Selbstbetätigung des Volkes und seiner lebendigen und schöpferischen Kräfte, auf grenzenloser Verhetzung der Völker Russlands, auf systematischer Ausraubung des Volksvermögens aufgebaut ist. Die Verantwortung für all die unzähligen von den Volksmassen getragenen Opfer des Krieges, für die Erschütterung des wirtschaftlichen Lebens, für die Not der Teuerung, für Hunger und Elend — die Verantwortung für all das fällt vollständig auf die Regierung und auf die sie unterstützenden Gesellschaftsklassen. Aber die Verantwortung fällt auch auf die Reichsduma des Regimes des 3. Juni. Die Mehrheit der Duma hat fortwährend die Politik der Regierung gedeckt, der Regierung, die bei der ersten ersten Prüfung das Land unausweichlich vor die furchtbare Gefahr stellen musste. Und als die Stunde der Prüfung kam, einer Prüfung, wie sie die Geschichte Russlands nicht kennt, gab die Mehrheit ihr bedingungsloses Vertrauen der Regierung und verschleierte ein ganzes Jahr hindurch die Wahrheit vor dem Volke. Bei der Fahrlässigkeit der Dumamehrheit und bei ihrer unmittelbaren Mithilfe blieb die Regierung die alleinige Lenkerin der Geschicke des Landes: Millionen von Bauern und Arbeitern wurden ohne Organisation, ohne Waffen vor dem furchtbaren Feuer der bis auf die Zähne bewaffneten deutsch-österreichischen Armeen geworfen. Grosse Gebiete des Landes sind in Wüsten verwandelt worden, die millionenköpfige Bevölkerung ihrer Habe beraubt. Die Fahrlässigkeit der Dumamehrheit erlaubte der Regierung, die ausserordentlichen Umstände der Kriegszeit dazu auszunützen, um, das Volk in Ketten haltend, ihre eigenen alten Positionen zu festigen. Das Wüten der Reaktion kannte keine Grenzen. Die Arbeiterpresse ist erdrosselt, die bürgerliche Presse in den engen Rahmen der Kriegszensur hineingepresst worden. Jeder Versuch einer

Selbstbetätigung, besonders seitens des Proletariats, wird in seinen Wurzeln erstickt. Die Bestrebungen der Arbeiter, ihre durch die Teuerung verschlechterte Lage zu heben, sind im Aufruf des Generals Russky dem Hochverrat gleichgestellt.

Der kriegerische Nationalismus, der in der ersten Zeit sich verborgen hielt, hat einen offenen pogromistischen Charakter angenommen. Die Verfolgung der Juden ist von der Regierung bis zu solchem Ausmass und solchen Formen gebracht worden, die in der Geschichte der Menschheit auch im finstersten Mittelalter noch nicht vorgekommen sind. Und je mehr die Niederlagen der Regierung sich zeigten, in desto grausamerem Umfang wurden die Verfolgungen betrieben. Die kaukasischen Mohammedaner, darunter auch die Mohammedaner-Georgier, wurden ausserhalb des Gesetzes gestellt. Bei der Räumung der Provinzen von Batum und Kars wurden sie entweder aus den Grenzen Russlands verjagt oder vernichtet. Die Politik in bezug auf die Polen, die Ukrainer, die Finnländer und andere Völker ist die frühere *Politik der Unterdrückung, der Gewalt und des Betruges* geblieben. Die Regierung hat ihre Sache getan. *Sich rettend, hat sie das Land an den Rand des Untergangs gebracht.* Wird das Volk sich nicht aufraffen, wird es die Geschicke des Landes nicht in seine eigenen Hände nehmen, so ist der Ruin unvermeidlich. Entweder ist die Duma dieser Hauptaufgabe bewusst oder das Volk wird über die Duma hinwegschreiten. Alle besondern Aufgaben, alle besondern Forderungen des Volkes sind der allgemeinen, das gesamte Volk betreffenden Aufgabe untergeordnet: Die Regierung muss gehen, das Volk muss die Geschicke des Landes in die eigenen Hände nehmen.»

Man beachte, dass diese Deklaration in einer Zeit abgegeben wurde, als die zarische Armee geschlagen, sich immer mehr und mehr zurückzog, die deutsch-österreichischen Heere schon im Lande standen und von einem Zustand «gesicherter Grenzen» also keine Rede sein konnte.

Tätigkeitsbericht des Zentralkomitees der S. D. A. P. Russlands während des Krieges.

Das Zentralkomitee der S. D. A. P. Russlands übersendet uns Mitteilungen über die Parteitätigkeit der russischen Sozialdemokratie während des Krieges, von denen wir folgende hier wiedergeben:

Sofort nach dem Kriegsausbruch nahm unsere Partei in der Person ihres Zentralkomitees wie der sozialdemokratischen Arbeiterfraktion der Duma und des Petersburger Komitees eine ganz entschieden negative Stellung zum Kriege ein. Das Zentralkomitee trat mit einem Manifest auf, in dem es den Krieg als einen *imperialistischen* Krieg auf seiten der beiden Mächtegruppen charakterisierte, in dem es den Sozialpatriotismus brandmarkte, ganz offen den Zusammenbruch der zweiten Internationalen konstatierte und zur Gründung einer dritten Internationalen, frei von Opportunisten und Fahnenflüchtigen, einlud. Die sozialdemokratische Arbeiterfraktion der Duma stimmte zur selben Zeit gegen die Kriegskredite, leitete eine breite illegale Agitation gegen den Krieg ein und beteiligte sich an der scharfen abweisenden Antwort unserer Partei an Emil Vandervelde, der in einem offenen Brief die russischen Sozialdemokraten aufforderte, den Kampf gegen den Zarismus während des Krieges einzustellen. Das Petersburger Komitee unserer Partei antwortete damit, dass es *Arbeiterstrassendemonstrationen schon in den ersten Tagen der Mobilisation organisierte* und Flugblätter erliess, in denen es den Standpunkt des Zentralkomitees unserer Partei vertrat.

Ein Ueberblick über die praktische Tätigkeit des *Petersburger Komitees* und über seine politische Stellung geben folgende Auszüge aus einer ganzen Reihe seiner Flugblätter, die es in Petersburg während des Krieges veröffentlicht hat.

Schon im ersten Flugblatt, bald nach dem Kriegsausbruch, die Frage: «Wo steht der Hauptfeind?», beurteilend, schreibt das Petersburger Komitee: «Wer also ist der Feind, der das russische Volk bedroht und gegen den ihr auftreten sollt? Man sagt uns, dass das die Deutschen sind.» Weiter folgt ein Abriss der Verfolgungen und Exploitation, der die russischen Arbeiter ausgesetzt sind. «Die Junker berauben uns, die Fabrikanten, die grossen Hausbesitzer und Kaufleute berauben uns, die Polizei beraubt uns, der Zar samt seiner Tschenowniks berauben uns. Und wenn wir dieser Beraubung satt sind, wenn wir unsere Interessen in Schutz nehmen wollen, wenn wir einen Streik erklären, dann werden auf uns die Polizei, die Soldaten und die Kosaken losgelassen, man prügelt uns, man wirft uns in die Gefängnisse, man deportiert uns nach Sibirien, man verfolgt uns wie tolle Hunde. Das sind unsere wirklichen Feinde, Feinde, die rücksichtslos und unversöhnlich gegen uns auftreten.» «Jetzt will man uns irreführen und uns glauben lassen, als sei unser Feind «der Deutsche», den wir ja gar nicht gesehen haben. Man will uns gegen Deutschland aufreizen. Jetzt, wo sie unsere Fäuste brauchen, jetzt singen sie das Liedlein von «Einig-

keit». Jetzt sucht man uns einzulullen, wir sollen jeden inneren Streit vergessen; wir sollen uns alle in einem patriotischen Strom vereinigen; wir sollen unsere eigene Arbeitersache vergessen; wir sollen ihre Sache zur unseren machen; wir sollen neue Länder für ihren Zaren und seine Junker erobern gehen.»

«Aber, werden wir, russische Arbeiter, wirklich so dumm sein, dass wir diese lügenhaften Phrasen ernst nehmen? Werden wir wirklich unsere eigene Sache preisgeben? Nein, wenn wir schon unser Leben aufopfern müssen, so tun wir es im Dienste *unserer* eigenen Sache und nicht im Dienste der Herren Romanows und ihrer Krautjunker. Man drückt uns Gewehre in die Hände. Gut. Seien wir Männer, nehmen wir diese Gewehre, um für die russische Arbeiterklasse neue Lebensbedingungen zu erkämpfen.»

Das Flugblatt wendet sich auch an die Soldaten: «Wenn die Revolution kommt, gedenket, ihr Brüder-Soldaten, dass euer Platz nicht gegen uns, sondern in unsern Reihen ist.»

Am Jahrestage des blutigen Sonntags vom 9./22. Januar verbreitete das Petersburger Komitee einen Aufruf unter den Arbeitern, worin es sie zur Feier dieses Tages zum politischen Streik auffordert.

Das Flugblatt Nr. 3 wendet sich an die Arbeiter und Soldaten und ist dem Falle Miasojedoff — dem hochtitulierten Spion — gewidmet, der die Kriegsgeheimnisse dem deutschen Generalstabe verkaufte. «Das Verbrechen der russischen Regierung ist ans Tageslicht gebracht. Mit einer Hand hat sie den Handschuh den Regierungen Deutschlands und Oesterreichs hingeworfen, mit der andern hat sie den Verrat ihres eigenen Volkes vorbereitet. Die Interessen der Bourgeoisie und der Agrarier verteidigend, in der Jagd nach neuen Absatzmärkten, hat sie sich in das Blutbad des Weltkrieges eingemischt. Hinter dem Rücken des Volkes haben die Regierungen Deutschlands, Oesterreichs, Frankreichs, Englands und Russlands die Metzerei der Völker, die gegenwärtige Vernichtung des Proletariats aller Länder vorbereitet, und jetzt jetzt führen sie Krieg um die Verteidigung der Rechte der unterdrückten Nationen.» Ueber die Beschuldigung der russischen Justiz der fünf Dumaabgeordneten, wegen Verrats ist im Aufruf gesagt: «Es gibt in Russland keine Proletarier, die das Blut der Proletarier Deutschlands oder Oesterreichs vergiessen wollen.»

Das Flugblatt Nr. 4 ist dem Jahrestag der *Lenaer* Ereignisse gewidmet. (Niedermetzelung der Arbeiter in den Goldgruben von Sibirien am 4. April 1912.) In diesem Aufruf sagt das Petersburger Komitee: «Ausser auf Raub... ist dieser Krieg gegen die Arbeiterklasse und die Demokratie aller kriegführenden Länder gerichtet. Bürgerkrieg — das ist die Losung der revolutionären Sozialdemokraten in diesem historischen Moment.»

Sehr wichtig ist das Flugblatt Nr. 5, das betitelt ist: «Das Proletariat und der Krieg.» In diesem Aufruf betont das Petersburger Komitee nochmals seine Stellung gegenüber dem Krieg und dem Zusammenbruch der Internationalen. Es schreibt: «Umsonst heulen die bürgerlichen «Patrioten» aller kriegführenden Länder, dass der tückische Feind ihr Land überfallen hat, dass sie ihr Vaterland zu verteidigen haben. Alle bürgerlichen Regierungen tragen dieselbe Schuld, da jede von ihnen zum Krieg sich vorbereitete und jede nur den günstigen Moment abwartete, um den Nebenbuhler an der Gurgel zu fassen. Der Versuch, die Schuld dem Gegner allein aufzubürden, ist eine unverschämte Heuchelei...»

«Leider aber... hat nicht nur die unaufgeklärte Masse der Bauernschaft dem Unsinne Glauben geschenkt, dass der Kapitalismus — Vaterland ist, und dass das Verkleinern der Einkünfte der Kapitalisten — den Umsturz der Kultur bedeutet: auch die zweite Internationale, die lange das Banner des revolutionären Proletariats aufrechtgehalten hat, ist in der Person der Vertreter der angesehensten sozialistischen Parteien ins Schlepptau der chauvinistisch gesinnten herrschenden Parteien genommen worden. Die Sozialdemokraten Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und Englands haben seit Ausbruch des Krieges den Regierungen ihrer Länder keinen energischen Widerstand geleistet und haben ihnen Geldmittel geliefert, um den brudermordenden Krieg gegen das Proletariat zu führen

... Die opportunistischen Führer des europäischen Sozialismus haben das rote Banner des revolutionären Proletariats mit Füßen getreten... In Belgien und Frankreich sind sie sogar in die Ministerien eingetreten... Mit schamlosen Phrasen über die «Verteidigung des Vaterlandes» suchen sie ihren Verrat an Sozialismus zu decken. Keine Entschuldigung für diejenigen Sozialisten, die eine Theorie der gegenseitigen Vernichtung des Proletariats verschiedener Länder ausdenken! Das Leben hat die Ansichten der revolutionären Sozialdemokraten, die auf die wachsende Gefahr des Opportunismus hinwiesen, bestätigt. Unsere russischen Opportunisten haben ihre Schuldigkeit gegenüber den Opportunisten Europas treu getan. «Kein Widerstreben gegen den Krieg» — das ist die Position unserer Sozialpatrioten.»

Auch die *Maifeier* des Jahres 1915 wird vom Proletariat Russlands nicht vergessen, obgleich der Kriegszustand herrschte und überall wütete. Am 1. Mai 1914 streikten in Petersburg, dem Aufrufe des Petersburger Komitees folgend, 300,000 Arbeiter. Im Jahre 1915 war der Maistreik nicht so imposant, aber es wurde doch gestreikt.

Zur Einberufung der Duma (am 20. Juli 1915) erliess das Petersburger Komitee einen Aufruf, worin es die Arbeiterschaft zu einem eintägigen Demonstrationsstreik aufforderte. In seinem Aufrufe Nr. 7 schrieb es unter anderm: «Wir haben jetzt keine Vertreter in der Duma! Der Zarismus hat dafür Sorge getragen, unsere Vertreter dorthin zu verstecken, wo noch viele Kämpfer für die Sache des Proletariats und die Freiheit des Landes schmachten. Die vom Zarismus überlassenen Dumaabgeordneten, die als Dekoration dienen sollen — Tschechidse und seine Kollegen — sind keine Vertreter des Proletariats Russlands; dank ihrem Auftreten in der Duma, ihrer Teilnahme an den Dumakommissionen, in dem liberalen Verbände der Städte und ihrem Verhalten gegenüber der Meinung des organisierten Proletariats haben sie sich selber ausserhalb der Reihen der Sozialdemokratie gestellt.»

Das Flugblatt Nr. 8 ist dem Jahrestage der Niedermetzelung der Arbeiter des Putilowwerks gewidmet. Darin ist geschrieben: «Die zarische Regierung wusste genau, wer die wirklichen Lenker des mächtigen Arbeiterzuges sind. Und die falsche Komödie des zarischen Gerichts war inszeniert — die Arbeitervertreter in der Duma sind verleumdet, wegen Verrats» verurteilt und nach Sibirien verbannt.»

Ausser den Flugblättern des Petersburger Komitees haben wir noch eine Reihe von Flugblättern erhalten, die von verschiedenen Arbeiterorganisationen, die unter Leitung des Petersburger Komitees wirken, herrühren.

Die Eisenbahnarbeiter spielten eine sehr grosse Rolle während der Revolution von 1905 (der grosse Eisenbahnerstreik). Die Bewegung unter den Eisenbahnarbeitern, die von dem Petersburger Komitee unserer Partei geleitet wird, wird nochmals eine sehr grosse Bedeutung haben. Die Gewerkschaften sind jetzt vom Zarismus unterdrückt; ebenso die Gewerkschaftspresse. Infolgedessen sind unter der Leitung des Petersburger Komitees spezielle Gewerkschaftsorganisationen entstanden (illegale): Organisationen der Buchdrucker, Holzindustriearbeiter, etc. Die Flugblätter Nr. 11 (Buchdruckerarbeiter) und Nr. 12 (Holzindustriearbeiter) sind ganz von demselben internationalistischen Standpunkte aus geschrieben.

Ausserdem haben wir eine Reihe Flugblätter erhalten, herausgegeben von einem Rayonskomitee der Petersburger sozialdemokratischen Organisation, von der sozialdemokratischen Frauenorganisation, vom Bureau der politischen Gefangenen etc. Alle diese Flugblätter werden in Petersburg unter den schwersten Bedingungen gedruckt, die man sich nur vorstellen kann. Jedem Teilnehmer droht die Katorga.

Dass das Wirken der revolutionären Sozialdemokratie in Russland auch nicht ohne Erfolg bleibt, ist aus den folgenden Tatsachen, die uns das Petersburger Komitee mitteilt, zu ersehen:

März. Grosse Verhaftungen in Petersburg und in andern Orten unter den Anhängern des Zentralkomitees (Bolschewiki) wie denen des Organisationskomitees. Das neugegründete illegale Organ «Die Proletarische Stimme» wird unterdrückt.

April. Grosse *Proteststreiks* am Jahrestage der Arbeitermetzelei an der Lena. In Petersburg werden 400 Mann arretiert.

Mai. Am 1. Mai streikten 35,000 Arbeiter. 300 werden arretiert.

Juni. In Petersburg *ökonomische Streiks*, in erster Linie unter den Metallarbeitern. Es streiken 15,000, 400 werden arretiert, 300 wieder freigelassen, die andern bestraft, davon 30 in die Front gesandt.

In *Kostroma* Textilarbeiterstreik. Das Militär schießt: 14 Arbeiter werden getötet, viele verwundet. In *Moskau* Unruhen, 20 Personen getötet und verwundet.

Juli. Die Bewegung bekommt einen *ausgesprochen politischen* Charakter. In *Iwano-Wosnesensk* ein von den Bolschewiks geleiteter Streik, begleitet durch grosse Demonstrationen, mit Vorantragen von roten Bannern, Absingen revolutionärer Lieder usw.: 100 Getötete, 40 Verwundete.

August. Grosser *Proteststreik* gegen die Metzereien in *Iwano-Wosnesensk*; in Petersburg streiken 15,000 Arbeiter. Im Zusammenhang mit dem Versuch der Bourgeoisie, die Industrie zu «mobilisieren», zwecks Vergrösserung der Munitionsproduktion, finden grosse Versammlungen in den Munitionsfabriken statt, an denen bei Putilow 15,000, bei Lessner 6000 bis 7000 teilnehmen. Die Arbeiter lehnen es mit grosser Mehrheit ab, in die *Kriegskomitees* einzutreten. Vor der Auflösung der Dumasession fanden *grosse Verhaftungen* unter den Arbeitern überhaupt, den Krankenkassenbevollmächtigten in erster Linie statt.

Auf die Nachricht von der bevorstehenden Unterbrechung der Dumasession beginnen neue *politische Streiks*, die, nachdem die Duma nach Hause geschickt wurde, verstärkt werden. Nicht die «Wiedereinberufung der Duma», sondern: Nieder mit der Regierung! ist die Losung. Der Streik war für drei Tage proklamiert. Nachdem aber der Kommandeur von Petersburg, General *Frolow*, die Drohung ausgestossen hatte, er werde die Streikenden vor das Kriegsgericht stellen, proklamierte das *Petersburger Komitee* den Streik noch auf einen Tag. In Petersburg streikten 150,000 Mann (nicht 15,000, wie die bürgerlichen Blätter angaben), in Nischni-Nowgorod 25,000. In *Moskau*, *Charkow*, *Jekaterinoslaw*, über die der Bericht keine Zahlen angibt, nahmen die Streiks einen grossen Umfang an.»

Die Zahl der Mitglieder, die unmittelbar in der Organisation des Petersburger Komitees teilnehmen, ist jetzt 1200; Organisation des «O.-K.» 200; der «Versöhner» (Anhänger der Einheit mit den Sozialpatrioten) 60 bis 80. Dabei muss man darauf Rücksicht nehmen, dass hier nur von aktiven Mitgliedern, die direkt in der illegalen Organisation teilnehmen, die Rede ist und nicht von ihrem Anhang. Das Zahlenverhältnis zwischen den revolutionären Sozialdemokraten und den Opportunisten (und der «Mitte») ist ungefähr dasselbe wie 1912 bis 1914, als in Petersburg zwei tägliche sozialdemokratische Zeitungen erschienen: die Bolschewiki («Prawda») hatten eine Auflage von 40,000 Exemplaren, die Opportunisten (Liquidatoren: «Lutsch») 16,000.

Weiter wird uns aus *Jekaterinoslaw* (Südrussland) mitgeteilt, dass dort jetzt eine sozialdemokratische Organisation (200 Mitglieder) wirkt, die ganz entschieden gegen den Sozialpatriotismus auftritt. Es soll dort eine sozialdemokratische Zeitung erscheinen. In *Moskau* machten die Sozialpatrioten vergebliche Versuche, die Arbeiter für die Sache des Sozialpatriotismus zu gewinnen. Das *Petersburger Komitee* unserer Partei steht in Verbindung mit einer Reihe sozialdemokratischer Parteiorganisationen in anderen Städten — darunter sieben grossen Arbeiterzentren.

Die chauvinistische russische Bourgeoisie versucht jetzt, die Arbeiter zur Teilnahme an den sogenannten *Kriegsindustriekomitees* (zum Zwecke der «Landesverteidigung») zu verleiten. Die revolutionäre Sozialdemokratie benützt diese Gelegenheit, um eine Reihe von Arbeiterversammlungen abzuhalten etc., aber sie ist gegen die Teilnahme an den genannten «patriotischen» Komitees. Im «Sozialdemokrat» Nr. 47, Zentralorgan unserer Partei, ist eine (typische) Resolution zu dieser Frage abgedruckt. Das ist die Resolution der Arbeiter der grossen Petersburger Werkstatt *Lessner*. Darin ist zu lesen:

«Gleichzeitig mit der Kriegserklärung an die Zentralmächte haben die herrschenden Klassen Russlands auch der russischen Arbeiterklasse den Krieg erklärt... Und jetzt nach 13 Monaten des Krieges, nach unzähligen Niederlagen... machen sie den Versuch, die Arbeiterklasse auszunützen, und sie fordern die Arbeiter, gegen die sie erst gestern geschossen haben, auf, das «Vaterland» zu verteidigen. Unsere Antwort kann nur lauten:... jede Unterstützung der internationalen Schlächterei lehnen wir ab», usw.

Eine grosse Rolle in der ganzen Agitation spielt jetzt die Forderung, man solle die fünf nach Sibirien verbannten sozialdemokratischen Dumaabgeordneten sofort zurückkehren lassen.

Das *Zimmerwalder Manifest* ist von uns in russischer Sprache abgedruckt. Eine spezielle Nummer des «Sozialdemokraten» ist der Konferenz gewidmet. Wir sind überzeugt, dass die Konferenz den wärmsten Beifall der russischen Arbeiterschaft finden wird, als der erste Schritt auf dem Wege zum Wiederaufbau einer neuen Internationalen.

Die Arbeiter Russlands, ungeachtet aller Sozialpatrioten, reichen den Proletariern aller jetzt sich bekämpfender Länder ihre Bruderhand.

Der Allgemeine jüdische Arbeiterbund über den Krieg. *)

Genosse *Jonow*, ein namhaftes Mitglied des «Bundes», schreibt uns:

Ueber die Position des «Bundes» in bezug auf die wichtigsten Fragen des europäischen Krieges urteile ich nach den Dokumenten, hauptsächlich Agitationsaufrufen, die mit wenigen Ausnahmen in den Nr. 7 und 8 des «Informationsblattes» der Auslandsorganisation des «Bundes» veröffentlicht wurden.

Das Zentralkomitee des «Bundes» erklärt in seinem Bericht an die Kopenhagener Konferenz, den Charakter des europäischen Krieges und seine Ursachen bestimmend, folgendes: «Der heutige Krieg... ist das Resultat der kapitalistischen Organisation der Volkswirtschaft, die die Kon-

*) Der allgemeine jüdische Arbeiterbund («Bund») ist ein autonomer Teil der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands.

kurrenz der entwickeltesten industriellen Länder wegen Beherrschung der Weltmärkte erzeugte.»

Und gemeinsam mit den zentralen Institutionen der polnischen sozialistischen Parteien sagt das Zentralkomitee des «Bundes»: «Nicht die Verteidigung der Interessen des Volkes, nicht der Kampf für die nationale Freiheit und die Freiheit des Volkes... hat zu diesem Krieg geführt... Die Politik des Raubes und der gewaltsamen Aneignung von seiten der bürgerlichen Regierungen — das sind die teuflischen Kräfte, die die Völker zur gegenseitigen Vernichtung getrieben haben.»

Aber «die Arbeiterklasse war zu schwach, den Ausbruch des Krieges zu vereiteln. Sie wurde genötigt, die unzähligen Opfer der sinnlosen Raubpolitik zu tragen, der Politik, gegen die sie... kämpfte». Es ist bekannt, dass aus dieser Konstatierung viele sozialistische Theoretiker und in erster Reihe die Führer der Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion des deutschen Reichstages den Schluss ziehen, — die aktive Teilnahme am Kriege sei eine Notwendigkeit für das Proletariat. Sei auch der Krieg durch die Bourgeoisie veranlasst, werde er auch in ihrem Interesse geführt — gerate aber dabei das Vaterland in Gefahr, so muss es verteidigt werden. Während eines Brandes fragt man nicht — woher er stammt, sondern man löscht ihn. — Ist die Position des «Bundes» auch eine solche? *Mit nichten.*

Das Warschauer und das Lodzer Komitee, gemeinsam mit den polnischen Genossen, umschreiben die Lage des Proletariats in diesem Kriege wie folgt: «Die Bourgeoisie... stösst die Arbeiter in den Tod, sehr gut wissend, dass die Arbeiter von den Händen ihrer Brüder-Arbeiter des andern Landes unkommen werden.» «... Unsere Söhne, Brüder und Männer müssen mit ihrem eigenen Blut die Interessen ihrer Henker verteidigen.» «Das Proletariat vergiesst jetzt sein Blut für eine fremde Sache.» Der Krieg wird im Interesse der Bourgeoisie und durch die gegenseitige Vernichtung des Proletariats geführt — und das entscheidet die Frage. So erklärt das Zentralkomitee des «Bundes» in seinem Maiaufruf: «Das Proletariat muss nicht und kann nicht das Blut seiner Brüder für die Eroberungsziele seiner Regierungen vergiessen; es soll nicht und es kann nicht über Menschenleichen die Brücke zu den Bestrebungen seiner Klassenfeinde schlagen.»

Es ist klar, dass diese Schlüsse jede Erörterung des Burgfriedens ausschliessen. «Der Politik der Bourgeoisie — dem Kriege aller gegen alle — stellt das Proletariat seine internationale Solidarität gegenüber, die auf... die Gemeinsamkeit der sozialistischen Bestrebungen aufgebaut ist.» «Seine revolutionäre Arbeit muss noch mehr gefestigt und mit der grössten Anstrengung fortgeführt werden.» «Das Proletariat muss auch fürderhin eine selbständige Kraft im Kampfe gegen die Regierungen, gegen das Kapital und den Nationalismus bleiben.»

Der Maiaufruf des «Bundes», indem er auf den «kräftigen Schlag», den die Internationale erhalten hat, hinweist, sieht das hauptsächlichste schädigende Moment darin, dass «die Arbeitermassen und ihre Führer» vom Strom des Chauvinismus sich hinreissen liessen und dass in der Folge «anstatt einer Position und gemeinsamen Antwort der Internationalen verschiedene neue ausgekünstelte Theorien über die Aufgaben der Sozialdemokratie, die sich nach den kriegführenden Ländern voneinander unterscheiden müssen, auftauchten». Augenscheinlich geht hier die Rede über alle kriegführenden Länder, denn Theorien, die das Proletariat in Teile reissen, traten überall auf.

Die Anhänger der Verteidigung des Vaterlandes werden vielleicht sagen, dass mit den obigen Auslassungen das Zentralkomitee nur die verschiedenen «Befreiungstheorien» gemeint hat, wonach das deutsche Proletariat die Welt vom russischen Zarismus, das französische vom preussischen Imperialismus befreit. Diese Theorien stellen der Sozialdemokratie wirklich Aufgaben, die sich «nach den kriegführenden Ländern unterscheiden». Nur gegen sie lehnt sich das Zentralkomitee auf. Etwas anderes ist das Prinzip der Verteidigung des Vaterlandes. Hier wird für jedes Proletariat jedes Landes das gleiche Recht anerkannt und ihm sogar die gleiche Pflicht auferlegt — sein Vaterland zu verteidigen. Ist hier nicht eine einheitliche Position der Internationalen, eine gemeinsame Antwort gegeben?

Offenbar nicht. Denn diese «gemeinsame» Antwort ist undenkbar ohne ein Postulat — auch ein gemeinsames — dass das Proletariat jedes Landes mit seiner Bourgeoisie den Frieden schliessen und den Krieg gegen das Proletariat des andern Landes führen solle. Der Friede mit der feindlichen Klasse und der Krieg gegen die eigene Klasse — das ist der «kräftige Schlag», den die Internationale in diesem Krieg erhalten hat. «Zum erstenmal seit 50 Jahren — sagt der Maiaufruf — hat die Internationale die gemeinsame Sprache verloren und ist in verschiedene Teile zerfallen.» Eine gemeinsame Sprache zwischen verschiedenen Teilen auch einer und derselben Klasse ist unmöglich, falls diese Teile einander vernichten. Die gemeinsame Sprache geht in diesem Falle

unausweichlich vom internationalen Proletariat zu den besondern Nationen über, die nun einig werden: das Proletariat hat mit der Bourgeoisie den Frieden geschlossen. Die Spaltung des Proletariats und der Friede mit der Bourgeoisie sind die notwendigen Begleiter des Prinzips der Verteidigung des Vaterlandes.

Nicht eine solche Stellung nimmt das Zentralkomitee des «Bundes» ein, nicht eine solche «gemeinsame Antwort» sucht es, da es hofft, dass «in kurzer Zeit überall beim internationalen Proletariat der gesunde Klasseninstinkt den aufgeblasenen Patriotismus besiegen wird,» denn «eine unnatürliche Vereinigung zweier ökonomisch feindlicher Klassen kann nicht lange dauern». Und wenn das Proletariat seinen unnatürlichen Verband mit der Bourgeoisie zerreißen und wieder sich selbst, als einheitliche Klasse, finden wird — nur dann wird es imstande sein, «der ganzen bürgerlichen Welt seine einheitliche Anschauung, seine gemeinsamen Forderungen gegenüberzustellen». Die ersten Zeichen des Erwachens der Massen und der Führer vom patriotischen Duseel sind — nach der Meinung des Zentralkomitees — in den immer stärker klingenden «Stimmen der Arbeitergruppen, die dem internationalen Standpunkt treu geblieben sind» (in England, Deutschland und Frankreich), zu suchen.

So sind es zwei Faktoren, die nur allein die Position des «Bundes» in diesem Kriege bestimmen — die Selbständigkeit der Politik der Klasse und die Solidarität des internationalen Proletariats.

Im Briefe an den holländischen Sozialisten *Troelstra*, aus Anlass seiner Unterredung in den Russkija Wjedomosti, schreibt der «Bund», gemeinsam mit den polnischen Sozialisten: «Das klassenbewusste und organisierte Proletariat Polens (das heisst auch das jüdische Proletariat) tritt energisch wie gegen die «austrophile», so auch gegen die «russophile Orientierung» auf. Das Proletariat verbindet seine Geschicke nicht mit dem Sieg einer der Kriegführenden... Es rechnet nur auf seine eigenen Kräfte und auf die Kräfte der Internationalen.» Und in der jüdischen Frage besonders, die in der letzten Zeit in qualvoll scharfer Weise auftritt, ist der «Bund» bei seiner alten revolutionären Position geblieben. Auch hier erwartet er keine Erlösung vom Siege der einen oder der andern Seite. Er erwartet nur einen Sieg, er geht nur ihm entgegen — dem Sieg des Proletariats Russlands über die russische Reaktion. Die unerhörten Grausamkeiten besprechend, die in diesem Kriege die Juden erleiden müssen, ruft der «Bund», wie früher, das jüdische Proletariat «gemeinsam mit dem Proletariat Russlands zum Kampfe gegen die Reaktion» auf. Und nur im erfolgreichen Ergebnis dieses Kampfes, «nur im Siege der Demokratie in Russland» sieht der «Bund» «den einzigen Ausgang aus der unerträglichen Lage».

Dies ist in kurzen Strichen die Position des «Bundes».

Ein Brief aus Süd-Afrika.

Dem Genossen *O. Morgari*, Mitglied der I. S. K. zu Bern, ging folgender Brief der «Internationalen Liga der süd-afrikanischen Arbeiterpartei» zu, der geschrieben wurde noch bevor die Absender Kenntnis von der Zimmerwalder Konferenz und ihren Beschlüssen hatten.

Johannesburg, 16. September 1915.

Lieber Genosse!

Die oben erwähnte neugegründete Liga besteht aus individuellen Mitgliedern und einzelnen Sektionen der S. A. L. P., die mit der kriegsfreundlichen Resolution der «Durchhaltepolitik», die von einer grossen Mehrheit der Partei an einer letztthin abgehaltenen Konferenz angenommen wurde, nicht einverstanden sind. Ich lege Ihnen ein Exemplar der Erwiderung, die einige unserer Mitglieder an die Mehrheit der Partei gerichtet haben, bei, ebenso ein Flugblatt, das unter dem Titel «Noblesse oblige» das Manifest von Karl Liebknecht und seinen 700 Gesinnungsgenossen samt Kommentar enthält, und die erste Nummer eines Wochenblattes, das unsere Liga in Südafrika verbreitet.

Das Ergebnis der Abstimmung der Majorität der Partei hat eine ernste und vielleicht endgültige Zersplitterung der Partei zur Folge gehabt, obwohl niemand von uns, ausgenommen diejenigen Genossen, deren Kandidatur zu den Parlamentswahlen den Kandidaturen der offiziellen kriegsfreundlichen Partei, und die in der Partei demgemäss nicht bleiben konnten, gegenübergestellt wurde, aus der Partei ausgetreten sind.

Aus den sozialistischen Blättern, wie der «Labour Leader» und der «Forward», ersehen wir, dass eine mehr oder weniger gleiche Situation in den meisten Arbeiterparteien der Welt, und nicht zuletzt in der deutschen Sozialdemokratie, besteht.

Umsonst haben wir jedoch bis jetzt in den genannten Blättern irgendeinen Versuch, die antimilitaristischen Min-

derheiten international zu organisieren, zu finden gesucht, in Ersatz der alten Organisation, von der man gestehen muss, dass sie versagt.

Mit all der Bescheidenheit, die uns geziemt, glauben wir doch auch aus unserem entlegenen Fleck behaupten zu dürfen, dass nicht nur die Zukunft der Arbeiterbewegung jetzt mehr als je in einem jeden Lande von einer engverbundenen, geeinigten, tatkräftigen internationalen sozialistischen Organisation abhängt, sondern dass ein rascher, für alle kriegführenden Länder ehrenvoller Friede von der Entfaltung einer Aktion unter Leitung einer internationalen sozialistischen Organisation abhängt. Des weiteren sind wir überzeugt, dass die erwähnten Minderheiten samt der italienischen und russischen sozialdemokratischen Partei, die ihren Prinzipien treu geblieben, die Grundlage der betreffenden Organisation und Aktion zu bilden berufen sind.

Selbstverständlich sind die Verbindungen mit den einzelnen Ländern jetzt kolossal erschwert, aber da man trotzdem doch von Zeit zu Zeit Nachrichten erhält, ist es bei einer gewissen Geschicklichkeit nicht unmöglich, auch jetzt die Schwierigkeiten zu überwinden.

Wir wenden uns an Sie, da Sie in engerer Berührung mit den einzelnen Zentren der Arbeiterbewegung stehen, und bitten Sie, unsern Vorschlag ernst zu erwägen, und, falls Sie ihn gutheissen, Schritte zu seiner Verwirklichung zu unternehmen. Ganz besonders bitten wir Sie, die Angelegenheit den entsprechend gesinnten Sektionen in Deutschland, Oesterreich, Russland, Italien und in den Vereinigten Staaten zu unterbreiten. Wir würden Sie sogar bitten, wenn möglich Dr. Liebknecht aufzufordern, die Leitung der ganzen Angelegenheit zu übernehmen.

Vielen von uns würde es äusserst schwer fallen, die S. A. L. P. verlassen zu müssen, solange es uns nicht möglich wäre, aus dieser Partei in eine internationale Organisation, wie die, die wir erwähnt, beizutreten; ebenso verhält es sich höchst wahrscheinlich auch mit den gleichgesinnten Gruppen in den andern Ländern. Diese Gruppen würden mit Begeisterung einer neu auf breiter Grundlage gegründeten internationalen Organisation beitreten. Diesem Beispiel würde, wir sind dessen überzeugt, von vielen anderen gefolgt werden, die, trotzdem sie vom Patriotismus geblendet sind, sich doch von einem Gefühle der Unbehaglichkeit beherrscht sind, das ein jeder echter Sozialist dem Kriege gegenüber empfindet.

Das endgültige Ergebnis der von uns angestrebten Organisation wird nicht etwa eine grössere Entzweiung in den Reihen der Arbeiterklasse sein, sondern im Gegenteil, sie wird die bedeutendste, weil sich auf die ganze Welt erstreckende, Bewegung der Arbeiterklasse zur Folge haben, eine Bewegung, wie man sie bis jetzt noch nie gehabt hat.

Mit brüderlichem Gruss!

Für die Internationale Liga der südafrikanischen Arbeiterpartei: *Der Sekretär.*

Berichte aus neutralen Ländern

Die rumänische Sozialdemokratie und die Zimmerwalder Konferenz.

Die internationale sozialistische Kommission zu Bern erhielt folgende Depesche:

«Der vierte Kongress der sozialdemokratischen Partei Rumäniens spricht seine Zustimmung zu den Beschlüssen der Zimmerwalder Konferenz gegen den Krieg und für den Triumph des internationalen Sozialismus aus, und verspricht der internationalen sozialistischen Kommission zu Bern seine moralische und materielle Unterstützung.

Der Präsident: *Marinescu.*»

Die Sozialisten Griechenlands.

In einem vom 6. Oktober datierten Brief an die I. S. K. zu Bern schreibt die *sozialistische Arbeiterföderation von Saloniki*:

«Mit grosser Freude haben wir die Resolutionen der Konferenz zu Zimmerwald zur Kenntnis genommen... Wir hoffen, dass die Konferenz zu Zimmerwald den Ausgangspunkt zu einer energischen Aktion für den Frieden und gegen die falsche Taktik, die von den Sozialisten in Frankreich, in England und besonders in Deutschland befolgt wird.

Seit Beginn des europäischen Krieges machen wir hier schwere Zeiten durch. Von einem Augenblick zum andern laufen wir, dank der Intrigen der Diplomatie der Grossmächte und der Ambitionen unserer Herrschenden, Gefahr,

in den furchtbaren Trubel hineingezogen zu werden. Die Ententemächte bei uns, der Zweibund in Bulgarien üben einen unheilvollen Einfluss aus, der, wie wir befürchten, zu einem neuen Krieg zwischen den durch die letzten Kriege bereits erschöpften Balkanländern führen wird.

Hier sowohl wie in Bulgarien sind es einzig die Sozialisten, die die Stimme der Vernunft erheben. Durch Manifeste, Versammlungen, Presskampagnen, durch Erklärungen unserer zwei sozialistischen Kammerdeputierten versuchen wir, der Reaktion entgegenzuwirken und die falschen Patrioten, die Kriegsanhänger sind, zu entlarven. Leider sind wir zu schwach, um auf unsere Regierung einen entscheidenden Einfluss ausüben zu können. Aber dennoch: wir erfüllen unsere Pflicht als Sozialisten, ohne uns um die Folgen zu kümmern.

Die Anstrengungen unserer italienischen Genossen und die ihrigen, um gegen die Untätigkeit, die durch die Internationale schon längst bewiesen wurde, auszukämpfen, interessieren uns ausserordentlich, und wir sind aus vollem Herzen mit Ihnen einverstanden. Das Erwachen der deutschen Sozialisten — verraten durch die falschen Hirten — ist vielverheissend. Die noble Stimme eines Liebknecht, einer Luxemburg, einer Zetkin haben den tumultarischen Waffenlärm überflöt. Und durch diese Stimmen werden auch die deutschen Proletarier zu erwachen anfangen. Zur Ehre des deutschen Sozialismus nehmen wir an, dass sie bald und endlich die falschen Sozialisten, die die Internationale im Stich gelassen haben, demaskieren werden.

Wir haben den Glauben an die Zukunft.

Für den Vorstand
der sozialistischen Arbeiterföderation Saloniki,
Der Sekretär: *Jacques Amariglio.*

Die schweizerische Sozialdemokratie zur Zimmerwalder Konferenz.

Die vom schweizerischen Parteitag in Aarau beschlossene Resolution lautet:

«Der Parteitag *begrüss*t den Zusammentritt der Konferenz von Zimmerwald, stimmt ihren Beschlüssen zu und beschliesst, die von der Konferenz angestrebte Aktion so viel als möglich *ideell* und *materiell* zu unterstützen.»

«Die Partei entbietet allen Genossen in den kriegführenden Ländern, die den Grundsätzen der Internationalen und des Klassenkampfes treu geblieben sind, die herzlichste Sympathie.

«Die Partei fordert einen Frieden auf der Grundlage der von der Zimmerwalder Konferenz ausgesprochenen Prinzipien und ist der Ansicht, dass dieser Frieden nicht erreicht werden kann durch die Fortsetzung des Krieges, sondern nur durch die revolutionäre Aktion der Arbeiterklasse.»

Der letzte Absatz wurde in eventueller Abstimmung mit 258 gegen 141 Stimmen angenommen, der ganze Beschluss alsdann mit 330 gegen 51 Stimmen.

* * *

Am 3. Oktober 1915 fanden in allen grössern Orten der Schweiz öffentliche Versammlungen statt, die von der **Sozialdemokratischen Partei der Schweiz**, vom **Schweizerischen Gewerkschaftsbund**, vom **Schweizerischen Arbeiterinnenverband**, von der **Schweizerischen sozialdemokratischen Jugendorganisation** und von der **Italienischen sozialistischen Partei in der Schweiz** einberufen wurden.

In allen Versammlungen wurde folgende Resolution angenommen:

Der seit 14 Monaten dauernde Krieg zwischen den Nationen Europas ist ein rein imperialistischer Krieg. Seinen wahren Charakter suchen die kapitalistischen Regierungen zu verhüllen, indem sie ihn als einen Kampf um die nationale Unabhängigkeit darstellen.

Seine Ursachen sind: **Profitsucht des Grosskapitals und Raubgier imperialistischer Regierungen.**

Millionen blühender Menschen sind gemordet, Millionen grausam verkrüppelt; Städte, Dörfer, ganze Landstriche und unersetzliche Kunstwerke vernichtet. Unsägliches Elend herrscht! Weit mehr als hunderttausend Millionen Franken sind für die Zerstörung von Menschen und Gütern hinausgeworfen. Länder und Völker verarmen mehr und mehr von Tag zu Tag.

Das sinnlose Gemetzel und Verwüsten ist nur möglich, weil das Volk den wahren Charakter des Krieges und seine Folgen nicht erkannt hat und noch immer der **lügnerischen Losung „Vaterlandsverteidigung“** folgt. Verblendete Sozialisten sprechen immer noch von «Durchhalten bis zur Erschöpfung, bis zum vollständigen Siege», von dem sie eine Stärkung der Demokratie erwarten.

Sie irren! Das Proletariat hat **keine Gemeinschaft** mit den Zielen des Krieges; es hat nichts zu erwarten als **ver-**

mehrte Ausbeutung, unerträgliche Steuerlasten und verschärfte Reaktion.

Wir protestieren gegen die Fortsetzung des Krieges und richten an die **Bruderparteien** aller Länder die brüderliche **Mahnung, sich gegen den Krieg aufzulehnen.** Dank und Sympathie schulden wir den mutigen Kämpfern, die seit Beginn des Krieges unerschütterlich in Opposition gegen ihre Regierungen standen und dadurch die Ehre der proletarischen Internationalen hochhielten. Wir fordern die Parteien in den kriegführenden Staaten auf, von den Regierungen abzurücken, sich der internationalen sozialistischen Pflicht zu erinnern und den Kampf gegen die Fortsetzung des Krieges mit aller Schärfe aufzunehmen. Der «Burgfriede» erweist sich als eine Blankovollmacht zur Niedermetzlung von Millionen Menschen und zur Vernichtung der sozialistischen Internationalen.

Der Kapitalismus identifiziert seine Interessen mit den Interessen der Nation, und so ist ihm die chauvinistische und militaristische Verhetzung der Völker gelungen. Diesen Interessen stehen die Interessen der Arbeiter, der grossen Mehrheit jedes Volkes, direkt entgegen. Die Aufgabe des Proletariats ist daher der **Kampf gegen den Kapitalismus, den Feind im eigenen Lande.**

Die Versammlung begrüsst und unterstützt die Bestrebungen der **sozialistischen Jugend-Internationalen**, der bürgerlichen Jugenderziehung zum Militarismus und Patriotismus die Propaganda für den Weltfrieden und die internationale Solidarität entgegenzustellen, und versichert die demonstrierenden Jugendgenossen aller Länder ihrer Sympathie und Solidarität.

Die **sozialistische Fraueninternationale** führt mutig, trotz allen Verfolgungen, den Kampf gegen den Krieg und die Völkerverhetzung.

Genossen und Genossinnen! Weder Geschlecht noch Nation darf uns Proletarier trennen. Vereint mit den Kämpfern aller Länder rufen wir:

Krieg dem Kriege! Nieder mit Völkerhass und Militarismus! Wiederverbrüderung der Proletarier aller Länder! Gemeinsamer Kampf für politische und soziale Befreiung! Hoch die neue Internationale des Proletariats!

Ein Aufruf holländischer Genossen.

Anlässlich des Erlasses des Manifests der Konferenz zu Zimmerwald ist in *Holland* folgender Aufruf verbreitet worden:

Arbeiter!

«Die Internationale lebt!» Das ist die frohe Botschaft, die in diesen Tagen dem Proletariat aller Länder kundgetan wird.

Ihr Enttäuschten und Entmutigten, Ihr, die Ihr wähntet, dass die internationale proletarische Einheit auf immer zerschmettert daniederläge, dass der Traum des Sozialismus ausgeträumt, fasset Mut! Ihr könnt wieder hoffen, Ihr dürft wieder Zuversicht hegen.

Lauter als der Kanonendonner und das Heulen der Feuersbrunst, lauter als die höllische Musik des Todes, lauter als das Tosen der aufgepeitschten Fluten patriotischer Leidenschaft, lauter als die Stimmen der ganzen und halben Sozialimperialisten und Sozialnationalisten, die seit länger als einem Jahre verkündigen, dass das Proletariat bei Krieg oder Kriegsgefahr seine Klasseninteressen vernachlässigen, seine Grundsätze im Stiche lassen, sein Ideal verraten soll, der Solidarität mit den herrschenden Klassen des eigenen Landes zuliebe — lauter als alles dieses erschallt eine neue Stimme und ruft über die Welt:

«Wir Deutschen, Franzosen, Italiener, Russen, Polen, Letten, Rumänen, Bulgaren, Schweden, Norweger, Niederländer und Schweizer, wir, die wir nicht auf der Grundlage der nationalen Solidarität mit der Ausbeuterklasse, sondern auf der Grundlage der internationalen Solidarität des Proletariats und des Klassenkampfes stehen, wir haben uns geeinigt, damit wir die zerrissenen internationalen Bande aufs neue knüpfen und die Arbeiterklasse aufrufen zur Selbstbesinnung und zum Kampfe für den Frieden.»

Die Internationale ist aufgelebt, in der einzigen Weise, in der sie aufleben konnte; nur in denen, die die internationale Klassensolidarität über die nationale Einigkeit stellen, konnte sie neu geboren werden; in denen, die zum Teil unter den beschwerlichsten Umständen (wie zum Beispiel unsere französischen Kameraden) dem sozialistischen Grundsätze treu geblieben sind.

Die Internationale lebt! Noch ist der Sozialismus Richtschnur für die politischen Taten von sozialistischen Parteien und von Minoritäten in sozialistischen Parteien und Gewerkschaften. Jetzt können in allen Ländern Mut und Zuversicht zur Sache des Sozialismus wieder aufleben! Jetzt kann überall der Kampf wieder anfangen!

Das Manifest, das die Internationale Sozialistenkonferenz zu Zimmerwald erlassen hat, ruft, wie Ihr es habt lesen können, auch Euch zum Kampfe auf, Arbeiter der Niederlande. Es wendet sich nicht nur an das Proletariat der kriegführenden Staaten. Ihr könnt Eure Kameraden, die in Deutschland, Frankreich, Russland, Italien usw. den entsetzlich schweren Kampf wider alle die herrschenden Mächte ihres Landes für den Frieden führen, in diesem Kampfe unterstützen. Ihr könnt dies in erster Reihe dadurch, *dass Ihr das Manifest unterzeichnet.*

Sozialdemokratische Parteien, proletarische Frauen- und Jugend-Organisationen, moderne und syndikalistische Gewerkschaften und Fachvereine — auch Euch gilt dieser Aufruf. Unterzeichnet das Manifest, unterstützt die internationale Friedensaktion des Proletariats! Wenn Eure Führer nicht wollen, Kameraden, hinter welchen Vorwänden immer sie ihren Unwillen verbergen mögen, so macht es ihnen klar, dass und warum *Ihr wollt!* Und wenn Ihr nur eine Minorität seid in Eurer Organisation, schliesst Euch dann als Minorität aneinander, um die Bewegung für die Unterzeichnung des Manifests zu führen, unterzeichnet als Minorität, führt als Minorität mit uns zusammen diese Bewegung! In dieser Zeit des Uebergangs sollen die Minoritäten, und wenn noch so klein, sich zusammenschliessen, um in ihren Organisationen den Kampf für das sozialistische Prinzip, für die sozialistische Taktik anzutreten. Kein Vorwurf, dass sie, indem sie so handeln, die Disziplin brechen und die Einigkeit gefährden, darf sie davon abhalten. Denn schwer wiegen zwar Disziplin und Einigkeit, aber schwerer wiegen der Sozialismus und die internationale Klassensolidarität. Bedenkt, wie die, die in Zimmerwald zusammenkamen — an erster Stelle unsere deutschen und französischen Kameraden — grösstenteils Repräsentanten von Minoritäten waren; wie, wenn sie gezögert hätten, wenn die Disziplin ihnen am schwersten gewogen (am meisten gegolten) hätte, die Internationale noch heute auseinandergerissen läge! Bedenkt, dass alles, was wir von Euren Führern fordern, dies Eine ist, *was für jeden Sozialisten selbstverständlich sein sollte:* das Manifest zu unterzeichnen, das das Proletariat aller Länder aufruft zum Kampfe wider die Fortsetzung des Brudermordes, des entsetzlichen Menschenschlachtens, wider die Verheerung ohne Ende, wider *die ZerreiSSung des Proletariats!*

Kameraden! Arbeiter und Arbeiterinnen! Das Manifest, das das internationale Proletariat aufruft zum Kampfe für den Frieden, stellt sich auf die Grundlage des unversöhnlichen Klassenkampfes. Es nennt denselben ausdrücklich: das einzige Mittel zur Erlösung des Proletariats. Das einzige Mittel der Erlösung in allen Ländern und unter allen Umständen. Wenn es die Arbeiter jener Länder, die gänzlich oder teilweise vom Feind besetzt sind, aufruft zum Bruch des Burgfriedens und zum Kampfe wider ihre herrschenden Klassen und Regierungen — um wie viel mehr gilt dieser Aufruf unserm Lande, das sich nicht im Krieg befindet.

Schon länger als ein Jahr hält in unserm Lande der Zustand der totalen Mobilisation an, die schon Hunderte Millionen verschlungen hat, Millionen, die ohne jeglichen Zweifel, direkt oder indirekt, grösstenteils von der Arbeiterklasse aufgebracht werden müssen. Und noch bringt die Thronrede kein Wort über Demobilisation, obgleich in letzter Zeit eine Zahl *bürgerlicher* Zeitungen auf partielle Demobilisation dringt, im Interesse der kapitalistischen Klasse selbst. Durch die Erhöhung aller Preise sinkt die Lebensnorm der Arbeiterklasse immer tiefer hinab; im Baugewerbe, unter den Hafenanarbeitern, bei den Diamantarbeitern wütet die Arbeitslosigkeit in unvermindertem Masse weiter. Aber die Regierung kündigt neue Steuern an, sie stellt den Bau neuer Kriegsschiffe zum Schutze der indischen Kolonien in Aussicht.

Die Richtlinien des Imperialismus werden weiter gezogen: die Linie der aggressiven Politik wider die Arbeiterklasse, wider den Sozialismus. Und unter den jetzigen Umständen, wo die Massen der in dem N. V. V. (Niederländischen Bund der Gewerkschaften) organisierten Arbeiter leider sich aller revolutionären Gesinnung so gänzlich bar gezeigt haben, dass sie die Notwendigkeit eines schonungslosen Kampfes gegen Imperialismus und Militarismus nicht einsehen — unter diesen Umständen hat die versprochene Wahlrechtsreform hauptsächlich die Bedeutung eines demagogischen Kniffs, in Erwartung der allgemeinen Wahlen von 1917.

Der Vorstand der S. D. A. P. verharrt in seiner opportunistischen gemässigt-nationalistischen Haltung: ihre Kammerfraktion bildet den bald nach rechts, bald nach links ausschlagenden Schwanz der liberalen Regierungsmajorität. Sie hat sich an die Regierung gekettet — sie kann sich nicht energisch gegen die Regierung wenden. Sie hat sich zum Nationalismus bekannt; sie kann weder prinzipiell den Militarismus bekämpfen, noch in den internationalen Kampf der Zimmerwalder Konferenz einstimmen.

Und die S. D. P., die ein Jahr hindurch den Aufruf zur internationalen revolutionär-sozialistischen Aktion gegen den Krieg erliess und dieselbe als das einzig Wertvolle hinstellte, entzieht sich mit einem hochmütigen Achselzucken aus erklügelt Gründen diesem Kampf, jetzt, wo es damit Ernst wird. Indem sie so handelt, weigert sie sich, das unaussprechlich schwere Ringen der deutschen, französischen, russischen und italienischen Arbeiter gegen die Regierungen, die herrschenden Klassen und, was die beiden ersten betrifft, auch gegen die offiziellen Sozialisten ihres Landes zu unterstützen. Allein der ganzen Linken der Internationalen gegenüber drapiert sie sich in ihren Mantel sozialistisch-päpstlicher Unfehlbarkeit.

Kameraden, die Umstände haben es so gefügt, dass unser kleiner Verein in den Niederlanden als erster die Fahne erhebt, darauf in flammenden Worten geschrieben steht: «Die Internationale der Tat.» Lasst ihn nicht lange den einzigen Bannerträger bleiben! Lasst unsern Streitruß bis in Eure Seele erklingen, Euch aufwecken aus Eurer Resignation, Eurer Betäubung, Eurer Mutlosigkeit! Ihr dürft wieder hoffen! rufen wir Euch zu. Ihr könnt wieder Zuversicht hegen! Und hieraus folgt: *Ihr sollt wieder kämpfen!* Fordert von Euren Führern, dass sie die Bande, welche sie an die Bourgeois-Regierung fesseln, zerreißen. Ersinnt stärkere Mittel des Protestes und des Widerstandes gegen die Teuerung, gegen den Militarismus, gegen den drohenden Bau neuer Kriegsschiffe, als nur Versammlungen und Adresse! *Besinnt Euch auf die ökonomischen Wurzeln Eurer gesellschaftlichen Macht.*

Werft von Euch die Feigheit, die Kleinlichkeit, die niedrige Selbstsucht, womit die bürgerliche Gesellschaft Euch infiziert hat! Führt den Kampf nicht in erster Stelle um kleinlicher Gruppeninteressen, um direkter Vorteile willen; führt jeden Kampf wie ein Kampf für den Sozialismus, für die Befreiung der Arbeiterklasse und die Erlösung der Menschheit. Führt ihn unter Einsatz Eurer ganzen Persönlichkeit, opfert Euch, wenn es sein soll, für das sozialistische Ideal.

Lasst, Kameraden, die Vergangenheit dem Heute weichen! Die Zimmerwalder Konferenz eröffnet eine neue Periode in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung: die Periode des international geführten revolutionären Ringens gegen den Imperialismus. Wenn *Ihr* es wollt, so wird diese neue Periode von heute an auch anbrechen für die niederländische Bewegung.

Amsterdam, Oktober 1915.

Der Vorstand des revolutionär-sozialistischen Vereins:

H. Roland Holst.

A. B. Soep.

Joh. Zanckel, Schriftführer.

Die Propaganda-Kommission des revolutionär-sozialistischen Vereins:

Dr. H. W. van den Bergh van Eysinger.

Pastor B. Boers.

J. v. d. Kieft.

H. Rysewyk.

J. Wiesebron.

W. Wolda.

Pastor M. C. van Wyhe.

Die dänische Parteileitung und die Zimmerwalder Konferenz.

Die dänische Parteileitung hat im Oktober 1915 an die sozialistischen Parteileitungen der andern Länder folgendes Rundschreiben versandt:

«Die dänische Sozialdemokratie, welche unter keiner Form von der Vorbereitung der im September 1915 in Zimmerwald abgehaltenen Konferenz unterrichtet worden ist, hat nun den Bericht über die dort gefassten Beschlüsse erhalten.

Unser Parteivorstand erklärt, dass derselbe sich unter keinen Umständen durch die sogenannte «Internationale Kommission», welche das Ergebnis dieser Sitzung war, vertreten lassen kann, ebensowenig wie derselbe sich an die Beschlüsse dieser Kommission gebunden fühlt. Wir protestieren gegen diesen Eingriff in die Organisationsverhältnisse der internationalen Sozialdemokratie, und wir protestieren dagegen, dass einzelne Personen, welche nicht die Vertreter ihrer Parteien sind, sich als Leiter der internationalen Sozialdemokratie aufspielen. Die dänische Partei hat den in Zimmerwald gewählten Genossen keinerlei Funktionen übertragen, und wir protestieren deshalb gegen deren Auftreten, wenn dieses den Anschein haben sollte, als ob dasselbe im Namen der internationalen Sozialdemokratie geschähe.

Eine jede Schlichtung von Differenzen muss unserer Auffassung nach *innerhalb* der nationalen Parteien und danach *innerhalb* des organisatorischen Rahmens der internationalen Sozialdemokratie stattfinden, und nicht innerhalb zufälliger Konferenzen oder zufälliger, unverantwortlicher Kommissionen.

Die dänische Sozialdemokratie fühlt sich als ein Glied der internationalen Sozialdemokratie und will wie bisher auf der von den internationalen Kongressen angegebenen Grundlage ihren Beitrag zur Arbeit für die Herbeiführung eines dauernden Friedens leisten.

Mit soz. Gruss

Th. Stauning.

Ein Brief der amerikanischen Socialist Labor Party.

Neuyork, 28. Oktober 1915.

An die Internationale Sozialistische Kommission in Bern (Schweiz).

Liebe Kameraden!

Das im September 1915 von Eurer Konferenz erlassene und von Sozialisten der verschiedenen Gegenden Europas unterzeichnete Manifest ist zu unserer Kenntnis gelangt. Obschon es an «die Proletarier Europas» gerichtet ist, nehmen wir an, es sei für die Proletarier der ganzen Welt bestimmt, da ja Ihre Kommission sich den Namen einer «Internationalen Sozialistischen Kommission» beigelegt hat.

Mit den allgemeinen Anregungen, die Ihr Manifest enthält, sind wir von Herzen einverstanden. Vor bald einem Jahre hat unsere Organisation, die S. L. P., in einem an die Kopenhagener Konferenz gerichteten Schreiben hervorgehoben, der gegenwärtige Krieg sei, wie alle andern modernen Kriege, das Resultat der kapitalistischen Ausbreitung (Imperialismus), und die Sozialisten in den kriegführenden Ländern, nämlich diejenigen Sozialisten, die die Aktion ihrer Landesregierung in diesem Kriege zu der ihrigen machen, ständen damit auf dem Boden des bürgerlichen Nationalismus und verleugnen den Klassenkampf. Wir schrieben damals: «Wenn jemals das europäische Proletariat unruhig wird und «Massenerhebungen zu befürchten sind, so wird die Kapitalistenklasse der verschiedenen Länder sich beeilen, die «Drähte so zu ziehen, dass eine Nation gegen die andere gehetzt wird. Wie gut sie das verstehen und wie prächtig es ihnen gelungen ist, sogar die Sozialisten Europas hinzu-reissen, das hat der gegenwärtige Krieg nur allzu gut bewiesen. Das Fehlen einer eigenen, ökonomischen Organisation ist die mittelbare, der Aberglaube an den Nationalismus «ist die unmittelbare Ursache des Zerfalls der Internationalen.»

Obschon somit Euer Manifest vom Geiste des echten Internationalismus beseelt ist und obschon es mit Recht auf den Klassenkampf abstellt, so sind wir trotzdem genötigt, es zu kritisieren, weil es unterlässt anzuerkennen, dass mit starken Worten und revolutionären Phrasen allein noch nichts getan ist. Die Geschichte lehrt uns, dass *Recht* ohne *Macht* eine leere Abstraktion ist, eine Abstraktion, die nur bürgerliche Philosophen und Staatsmänner zu begeistern und zu erfreuen vermag. Die proletarische Bewegung dagegen darf nicht auf blosse Phrasen und Allgemeinheiten bauen. Denn wenn sie darauf etwas gibt, so bedeutet das entweder ihre direkte Unterjochung unter die Gewalt der Kapitalistenklasse oder ihre allmähliche Aufsaugung durch die bürgerlichen Strömungen. Die politischen oder wirtschaftlichen Organisationen müssen entweder ganz dem Kapitalismus oder ganz der Arbeiterklasse gehören. Jeglicher Kompromiss zwischen beiden bedeutet für uns eine Niederlage. Der Beispiele gibt es genug, die das beweisen, und der zurzeit wütende Krieg ist nicht das am wenigsten beweiskräftige unter ihnen.

Soll also die proletarische Bewegung Erfolg haben, so muss die *Macht* stehen hinter dem *Rechte*, womit die Kultur des XX. Jahrhunderts zweifellos diese Bewegung ausgerüstet hat. Die *Macht*, die hinter dem kapitalistischen Regime steht, ist dessen wirtschaftliche und politische Gewalt. Die wirtschaftliche Potenz der Kapitalistenklasse bildet die Grundlage seiner *Macht*. Ihre politische *Macht* ist bloss die Reflexwirkung ihrer wirtschaftlichen *Macht*. Desgleichen sollte die *Macht* in Händen des Proletariats sowohl eine wirtschaftliche als eine politische sein, und auch hier bildet die wirtschaftliche *Macht* den Ausgangspunkt und die Grundlage, oder sollte sie bilden. Mit andern Worten: das Weltproletariat muss zuerst wirtschaftlich organisiert werden, in Uebereinstimmung mit den Lebensbedingungen des Kapitalismus, das heisst *es muss industriell organisiert werden*, mit dem Ziele, über die Industrien (Grund und Boden, Mühlen, Bergwerke und alle andern unentbehrlichen Produktionsmittel) die volle

Verfügung und das volle Eigentum zu erwerben. Die politische Organisation ist unentbehrlich, um die Streitkräfte der sozialen Revolution zu rekrutieren, den Weg freizumachen für die Okkupationsarmee, die industrielle Union. Hat einmal die wirtschaftliche Organisation der Arbeiterklasse das Mindestmass von Stärke erlangt, das erforderlich ist, um der Revolution zum Siege zu verhelfen, so wird sich das ereignen, was Friedrich Engels in die so klaren und unmissverständlichen Worte gefasst hat: «Der Staat stirbt ab.»

Wir wiederholen:

Während wir mit Euren allgemeinen Ausführungen einiggehen und Eure Verurteilung der Parteien und Individuen billigen, die «die Arbeiter bewegen haben, den Klassenkampf preiszugeben», so müssen wir nichtsdestoweniger uns verwahren gegen die Beschränkung der Aufgabe auf die Schaffung einer internationalen Bewegung, wobei die alte Internationale nicht von ihrer bisherigen Haltung abginge. Unter der Herrschaft des kapitalistischen Systems so zu handeln, das hätte zur Folge, dass wir in wenigen Jahren wieder genau da ständen, wo wir jetzt stehen. Wirtschaftliche und politische Verumstände sind es zumeist gewesen, welche den Sozialisten der siebziger und achtziger Jahre die Methoden eingegeben haben, welche den Zusammenbruch der alten Internationalen herbeigeführt haben. Sie verkannten dabei die Umwälzungen, welche der gereifte Kapitalismus inzwischen bewirkt hatte, und trieben ihre Kampfmethoden auf ihre logische Spitze. Die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse sind nunmehr, und werden es in immer steigendem Masse, reif für die Verwirklichung des Programms der S. L. P.; ihr Programm ist das einzige, das, wenn einmal in ökonomischen und politischen Weltverbänden ins Leben getreten, gegen alle Schläge des internationalen Kapitalismus standhalten wird.

Wir betrachten die jüngste Vergangenheit und die Gegenwart mit schmerzlicher Besorgnis. Aber voller Freude und Enthusiasmus blicken wir der Zukunft entgegen, in Erwartung der sichern Verwirklichung unserer begründetsten Hoffnungen.

Lasst uns aus den Erfahrungen der Vergangenheit die nötigen Lehren ziehen und uns selbst zur Aufgabe stellen, die Arbeiter der ganzen Welt so zu organisieren, dass eine Wiederholung der gegenwärtigen Katastrophe unmöglich gemacht wird. Wir ersuchen Euch, uns mit Eurer Hilfe und Eurem Einflusse beizustehen. Mit unsern vereinten Kräften werden wir eine Internationale ins Leben rufen, die ihres Namens wirklich würdig sein wird.

Mit sozialistischem Gruss etc. etc.

Das nationale Exekutiv-Komitee der S. L. P.:
sig. *Arnold Petersen*,
nationaler Sekretär.

Die Socialist Party Amerikas und die I. S. K.

Die internationale sozialistische Kommission in Bern erhielt ein von *Chicago* am 23. November abgesandtes Telegramm folgenden Wortlauts:

«Die Exekutive der *Sozialistischen Partei* (Socialist Party) schliesst sich der Zimmerwalder Aktion an. Die Konferenz der Exekutive der deutschen, finnischen, ungarischen, slovakischen, südslavischen und italienischen Föderationen fassten dieselben Beschlüsse. Brief folgt.

Walter Lanfersiek,
Sekretär der Socialist Party.»

Nachträgliches von der Zimmerwalder Konferenz

Der Resolutionsentwurf.

Der von der Konferenz zu Zimmerwald dem Bureau überwiesene, in der Nr. 1 des Bulletins erwähnte Entwurf zu einer Resolution, eingebracht von den Vertretern des Zentralkomitees der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands, der lettischen Partei, des polnischen Landesvorstandes, von den Vertretern des schwedisch-norwegischen Jugendverbandes, von einem deutschen und einem schweizerischen Delegierten, hat folgenden Wortlaut:

Der Weltkrieg und die Aufgaben der Sozialdemokratie.

Der Weltkrieg, der seit einem Jahre Europa verwüstet, ist ein *imperialistischer* Krieg, der um die politische und öko-

nomische Ausbeutung der Welt, um Absatzmärkte, Rohstoffquellen, Kapitalanlagegebiete usw. geführt wird. Er ist ein Produkt der kapitalistischen Entwicklung, die gleichzeitig die ganze Welt zur Weltwirtschaft verknüpft und selbständige national-staatliche Kapitalistengruppen mit gegensätzlichen Interessen bestehen lässt.

Wenn die Bourgeoisie und die Regierungen diesen Charakter des Weltkrieges zu verhüllen suchen, indem sie behaupten, es handle sich um einen aufgedrungenen Kampf um die nationale Unabhängigkeit, so ist das eine Irreführung des Proletariats, da der Krieg eben um die Unterdrückung fremder Völker und Länder geführt wird. Ebenso lügnerisch sind die Legenden über die Verteidigung der Demokratie in diesem Kriege, da der Imperialismus die rücksichtsloseste Herrschaft des Grosskapitals und die politische Reaktion bedeutet.

Die Ueberwindung des Imperialismus ist nur durch die Auflösung der Gegensätze möglich, die ihn erzeugt haben, das heisst durch die sozialistische Organisation des kapitalistischen Kulturkreises, wozu die objektiven Verhältnisse schon reif sind.

Beim Ausbruch des Krieges hatte die Mehrheit der Arbeiterführer diese einzig mögliche Losung dem Imperialismus nicht gegenübergestellt. Vom Nationalismus befangen, vom Opportunismus zerfressen hat sie im Moment des Weltkrieges das Proletariat dem Imperialismus ausgeliefert, die Grundsätze des Sozialismus und damit den wirklichen Kampf um die täglichen Interessen des Proletariats preisgegeben.

Der Sozialpatriotismus, auf dessen Standpunkt in Deutschland sowohl die offen patriotische Mehrheit der früher sozialdemokratischen Führer wie auch das sich oppositionell gebärdende Zentrum der Partei um Kautsky steht, zu dem in Frankreich und Oesterreich die Mehrheit, in England und Russland ein Teil der Führer (Hyndman, die Fabier, die Trades-Unionisten, Plechanow, Rubanowicz, die Gruppe «Nascha Sarja») sich bekennen, ist für das Proletariat ein gefährlicher Feind als die bürgerlichen Apostel des Imperialismus, da er, die Flagge des Sozialismus missbrauchend, die unaufgeklärte Arbeiterschaft irreführen kann. Der rücksichtslose Kampf gegen den Imperialismus (Sozialimperialismus) bildet die erste Vorbedingung zur revolutionären Mobilisation des Proletariats und der Wiederaufrichtung der Internationalen.

Es ist die Aufgabe der sozialistischen Parteien wie der sozialistischen Oppositionen in den nunmehr sozialimperialistischen Parteien, die Arbeitermassen zum revolutionären Kampfe gegen die kapitalistischen Regierungen um die Eroberung der politischen Macht zwecks sozialistischer Organisation der Gesellschaft zu rufen und zu führen. Ohne den Kampf um jeden Fuss Boden in den Rahmen des Kapitalismus, um jede das Proletariat stärkende Reform aufzugeben, ohne auf irgendwelche Mittel der Organisation und Aufrüttelung zu verzichten, haben umgekehrt die revolutionären Sozialdemokraten alle die Kämpfe, alle von unserm Minimalprogramm geforderten Reformen auszunützen, um diese Kriegskrise wie jede soziale und politische Krise des Kapitalismus zu verschärfen, zu einer Attacke auf seine Grundlagen zu erweitern. Indem dieser Kampf unter der Losung des Sozialismus geführt wird, wird er die Arbeitermassen unzugänglich machen für die Losungen der Unterdrückung eines Volkes durch das andere, wie sie in der Aufrechterhaltung der Herrschaft einer Nation über die andere, in dem Schrei nach neuen Annexionen zum Ausdruck kommen, wird er sie taub machen für die Lockungen der nationalen Solidarität, die die Proletarier auf die Schlachtfelder geführt hat.

Den Auftakt zu diesem Kampf bildet der *Kampf gegen den Weltkrieg, für die schnelle Beendigung der Völkergemetzel*. Dieser Kampf erfordert die *Ablehnung der Kriegskredite*, den Austritt aus den Ministerien, die Denunzierung des kapitalistisch-antisozialistischen Charakters des Krieges von den Tribünen des Parlaments, in den Spalten der legalen und, wo nötig, illegalen Presse, die schroffste Bekämpfung des Sozialpatriotismus, die Ausnützung jeder durch die Kriegsfolgen (Not, grosse Verluste usw.) verursachten Bewegung des Volkes zur Organisation von Strassendemonstrationen gegen die Regierungen, die Propaganda der internationalen Solidarität in den Schützengräben, die Forderung der ökonomischen Streiks, das Bestreben, sie bei günstigen Bedingungen in politische zu verwandeln. *Burgkrieg, nicht Burgfrieden* — das ist die Losung. Gegenüber allen Illusionen, dass es möglich wäre, durch irgendwelche Beschlüsse der Diplomatie und der Regierungen die Grundlagen eines dauernden Friedens, den Beginn der Abrüstung herbeizuführen haben die revolutionären Sozialdemokraten den Volksmassen immer wieder zu sagen, dass nur die soziale Revolution den dauernden Frieden wie die Befreiung der Menschheit verwirklichen kann.

Zur Polenfrage.

Die polnische Delegation, die aus der Vertretung des Hauptvorstandes der Sozialdemokratie Russisch-Polens und Litauens, des Landesvorstandes der Sozialdemokratie Russisch-Polens und Litauens und des Zentralkomitees der Polnischen Sozialistischen Partei bestand, legte der Internationalen sozialistischen Konferenz in *Zimmerwald* folgende Erklärung über die *Polenfrage* vor:

Die Vertreter der leitenden Kreise der drei in Russisch-Polen tätigen polnischen sozialdemokratischen Parteiorganisationen geben gelegentlich der ersten Zusammenkunft der Vertreter der sozialistischen Arbeiterschaft der kriegführenden Länder folgende Erklärung ab:

Vom ersten Moment des Krieges an bekundeten alle sozialdemokratischen Parteien Russisch-Polens, trotz der sie vor dem Kriege trennenden Differenzen, einmütig und gemeinsam ihre prinzipielle Feindschaft dem Kriege gegenüber und setzten sich allen Versuchen, das polnische Proletariat mit der Seuche der Kriegsideologie anzustecken, entschieden entgegen.

Im Angesicht des furchtbarsten Ruins des ganzen Landes, das vom Kriegsausbruch an in seiner ganzen Ausdehnung nicht aufhört, der unmittelbare Schauplatz der intensivsten Verwüstung durch die Millionen sich niedermetzelnenden Menschen zu sein — verhartete das klassenbewusste polnische Proletariat bei der Fahne des internationalen Sozialismus; diese seine Gesinnung bekräftigte es durch Wort und Tat, sowohl in den gemeinsamen Kundgebungen der sozialdemokratischen Parteien, als auch der zahlreichen offenen, gewählten Vertretungen der Arbeiterschaft.

Vom ersten Moment des Krieges an erklärte die gesamte polnische Sozialdemokratie den Kampf sowohl den demagogischen *Erlösungslegenden*, mit welchen die Regierungen der beiden Koalitionen ihre räuberischen imperialistischen Ziele zu verschleiern suchten, als auch den sogenannten «Orientierungen» der polnischen bürgerlichen Parteien, die diese Legenden in der Form von besonderen nationalen Kriegsprogrammen («Vereinigung Polens», ein polnischer «Pufferstaat» usw.) unterstützten und verbreiteten.

Die polnische Sozialdemokratie bekämpft die zynische Demagogie der zarischen Regierung, des blutigen Henkers des polnischen Volkes, welche am Anfang des Krieges mit klirrenden Versprechungen hervortrat, dieselben nach den ersten Kriegserfolgen reduzierte und verleugnete, um sie jetzt unter der Last der Niederlage, nach dem Verlust von Warschau, dem von den deutschen Truppen okkupierten Lande wieder anzubieten.

Die polnische Sozialdemokratie bekämpft die Anschläge des deutschen und österreichischen Imperialismus, der vom Anfang des Krieges an bis zum jetzigen Moment ein niederträchtiges und trügerisches Spiel dem polnischen Volk gegenüber treibt und dessen wirkliche Gefühle sich in der Beibehaltung der antipolnischen Kredite im preussischen Budget und des Sprachenparagrafen in dem reichsdeutschen Versammlungsgesetze widerspiegelt, wie nicht minder in der Unterstellung der Zivilverwaltung des einst autonomen Galiziens unter einen österreichischen General.

Das klassenbewusste revolutionäre polnische Proletariat setzte sich, endlich, den Koalitionen der polnischen besitzenden Klassen entgegen, die auf beiden Seiten der Kampflinie, ihren Klasseninteressen gehorchend und gemäß ihren imperialistischen Aspirationen, die kriegführenden Regierungen unterstützen und den für die Polen doppelt brudermörderischen Krieg durch seine angeblichen polnischen Ziele rechtfertigen.

Im gegenwärtigen Augenblick stehen die polnischen Länder, die in einen ungeheuren Friedhof und eine blutige Wüste verwandelt sind — vor der unmittelbaren Gefahr neuer Annexions- und Teilungsexperimente.

Ohne dem polnischen Volk die Entscheidung über seine Geschicke einzuräumen, behandelt die deutsche und die österreichische Regierung die polnischen Länder wie ein Pfand im künftigen Spiel der Kompensationen, das zwischen die Zentralmächte geteilt oder wieder an den russischen Zarismus verschachert werden soll.

Darin äussert sich mit besonderer Brutalität das Wesen des kapitalistischen Regimes, das die Volksmassen auf die Schlachtbank sendet und damit das Schicksal des Volkes selbstherrlich auf ganze Generationen regelt.

Die polnische Sozialdemokratie legt den entschiedensten und feierlichsten Protest ein gegen dies Zerschneiden und Zerfleischen eines ganzen Landes, welches dem, was man zur Zeit der Heiligen Allianz die «*Convenances de l'Europe*» nannte, und was heute das brutale strategische Interesse der Mächte und das wirtschaftliche Klassenpostulat der dominierenden imperialistischen Oliguen ist, geopfert wird.

Mit tiefster Erbitterung vernahmen die sozialistischen Arbeiter in Polen, dass die Mehrheit der Sozialisten so-

wohl in den Ländern der Entente, wie in den Zentralmächten der Kriegshypnose unterlag; dem *Kommando des Imperialismus* folgend, unterstützten die einen tatkräftig die Rehabilitation des Zarismus, während die andern den Hohenzollern und Habsburgern die Erlösung der unterdrückten Völker übertrugen. In dem Moment, wo sich die deutsche Regierung anschickte, über die polnischen Länder wie über eine erbeutete Kolonie zu verfügen, begegnete die diesbezügliche kaum verschleierte Erklärung der Regierung keinem Widerspruch bei der deutschen Sozialdemokratie. Die deutschen Sozialnationalisten, welche vor dem Kriege die polnisch-galizischen sozialpatriotischen Kriegshetzer bekämpften, leisten gegenwärtig den verbrecherischen, unsinnigsten Kriegsutopien der letzteren Vorschub, um damit ihre eigene Unterstützung der Regierung zu rechtfertigen.

Indem der gegenwärtige Krieg die Unfähigkeit des Kapitalismus demonstriert, die zwischenstaatlichen Beziehungen an die Erfordernisse der Weltwirtschaft anzupassen, indem er den Volksmassen die schwersten Lasten auferlegt, eröffnet er eine Aera kriegerischer Konflikte und sozialer Erschütterungen. Der revolutionäre Kampf des Proletariats, der sich auf diesem Boden mit elementarer Gewalt nach internationalem, europäischem Massstab entfalten muss, wird gegen die Grundlagen des kapitalistischen Systems selbst gerichtet sein, wird sich zu einem Kampf um den Sozialismus entwickeln.

Die polnische Sozialdemokratie spricht die Ueberzeugung aus, dass nur die Teilnahme an diesem bevorstehenden Kampf des revolutionären internationalen Proletariats, der auch die Fesseln der nationalen Unterdrückung sprengen und jede Fremdherrschaft aufheben wird, dem polnischen Volke die Möglichkeit einer freien, allseitigen Entwicklung, als einem gleichberechtigten Glied in der Internationalen der Völker, sichern wird.

Eine Debatte über die Zimmerwalder Konferenz.

Den hier folgenden, nicht offiziellen Bericht erhalten wir kurz vor der Drucklegung dieser Nummer. Wir fügen den Bericht noch bei, sein Inhalt wird sicher nur dazu beitragen, um die in der Opposition stehenden Genossen in andern Ländern anzuspornen, das Beispiel der mutigen Genossen Merrheim und Bourderon nachzuahmen.

Die französische sozialistische Partei wollte mit Hilfe der Zensur die Zimmerwalder Konferenz verschweigen, aber diesmal ist die Politik des Schweigens durchgefallen, und in der schändlichsten Weise. Die französischen Delegierten, die Genossen Merrheim und Bourderon, haben eine Broschüre in 10,000 Exemplaren herausgegeben, in der über die Geschichte der Konferenz und über ihre Beschlüsse berichtet wird. In allen Sektionen hat man begonnen, von der Konferenz, von ihren Arbeiten, vom Manifest zu reden; von den Führern verlangte man eine Antwort auf die von der Konferenz aufgeworfenen Fragen. Die Humanité gab keinen Laut von sich und rechnete, auf diese Weise den unangenehmen «Zwischenfall» zu vertuschen. Aber die Opposition beschloss, diesmal von den unfruchtbaren Eingaben an verschiedene Instanzen abzusehen und direkt an die Arbeit zu gehen — sie beschloss, die Frage, den Spitzen der Partei zum Trotz, den breiteren Parteikreisen zur Beurteilung vorzulegen. Die Initiative nahm die XII. Pariser Sektion auf, die auf Sonntag den 7. November eine Parteiversammlung über die Zimmerwalder Konferenz einberufen liess.

* * *

Vorsitzender ist Bourderon, Referent Merrheim. Im Saal zirka 300 Personen. In der Ecke rechts die schwere Artillerie: Renaudel, Bracke, Dubreuilh, Longuet, Gaston Levy u. a. Viele Sekretäre der Sektionen, der Syndikate und der Föderationen. Es sind auch Beamte der Kabinette von Guesde, Sembat, Thomas zu erblicken, die Mehrheit besteht aber aus gewöhnlichen Parteimitgliedern.

Der Vorsitzende Bourderon sagt, die Opposition müsse sich mehr zusammentreffen, um nicht an der Nase geführt zu werden, wie dies im Nationalrat der Partei am 14. und 15. Juli gegangen sei. Dieser Bericht sei nun der erste Schritt einer Kampagne, die die französische Opposition durchzuführen beschlossen habe, um ihre Kräfte zum bevorstehenden Parteitag zu sammeln.

Merrheim beginnt sein Referat mit einer Uebersicht über die Tätigkeit der Opposition vom Anbeginn des Krieges. Indem er im weitem darauf hinweist, wie die Spitzen der Partei die Londoner Konferenz «interpretierten», geht er zur Vorgeschichte der Zimmerwalder Konferenz über und erwähnt die Unterredungen, die Genosse Morgari mit Vandervelde und der französischen Partei über die Einberufung des Internationalen sozialistischen Bureaus oder einer Konferenz der Neutralen geführt hat. Bekanntlich hat es Vandervelde

kategorisch abgelehnt, das Bureau in einem Zeitpunkt einzuberufen, da das Brüsseler Maison du Peuple von deutschen Soldaten, von denen jeder dritte ein Sozialist ist, beschützt wird. Morgari fragte darauf ironisch: «Die Internationale ist also eine Geisel in Händen der Verbündeten?» «Ja,» fiel Renaudel ein, «die Internationale ist die Geisel des Rechts und der Gerechtigkeit!»

«Wir konnten zur Londoner Konferenz nicht fahren — fuhr Merrheim fort — denn für uns liegt der einzige Ausweg aus der blutigen Sackgasse der internationalen Schlichterei in dem Zusammenarbeiten des Proletariats der kriegführenden Länder. Unsere Pflicht, Pflicht der Vertreter der Arbeiterklasse, ist — unsere brüderliche Hand denen unserer deutschen Genossen zu reichen, die einen standhaften Kampf gegen den Krieg und ihre Regierung führen. Wir wollten das französische Proletariat von der moralischen Verantwortung für die Orgien des Chauvinismus befreien, denen gewisse führende Kreise der Partei und der Syndikate anheimgefallen sind.»

Der Referent geht dann in breiteren Auslassungen zu der französisch-deutschen Deklaration über und unterstreicht, dass der ganze Absatz, der gegen den Neutralitätsbruch Belgiens und gegen die direkte oder indirekte — durch wirtschaftliche Verträge verdeckte — Angliederung Belgiens an Deutschland protestiert, auf Antrag der deutschen Delegierten in die Deklaration aufgenommen worden ist. «Man soll uns nicht sagen, dass der Kaiser allein für alles verantwortlich ist, man soll uns nicht von der Unschuld aller andern Teilnehmer dieses Krieges erzählen. Wir kennen die Politik, die Russland auf dem Balkan geführt hat, wir kennen die afrikanische Politik Frankreichs und die Rolle, die in diesem Krieg England spielt. Man kann Schritt für Schritt verfolgen, wie dieser Krieg herannahte, und in den glänzenden Reden Jaurès werden wir dokumentarische Beweise finden, dass die imperialistische Habsucht aller Staaten an diesem Kriege die Schuld trägt. Der Krieg ist in eine Sackgasse geraten, das Proletariat verblutet, und der einzige Ausweg ist, einen Kampf für den Frieden aufzunehmen, wenn wir nicht zusehen wollen, dass er hinter unserem Rücken und gegen unsere Interessen gemacht wird.» (Lang anhaltender Beifall.)

Nach Merrheim spricht Bourderon, der das Referat ergänzt: «Uns wird vorgeworfen, dass wir nach der Schweiz gegangen sind, dass wir den Deutschen unsere Hand gereicht haben. Beachten Sie aber, Genossen, dass nicht wir die ersten gewesen sind. Uns ist sehr gut bekannt, dass Renaudel im April in der Schweiz war, zwecks irgendwelcher geheimer Unterredungen mit Bernstein und Kautsky. Hat vielleicht Renaudel, als er mit ihnen zusammenkam, seine Hände in den Taschen des Paletots gehalten? Wir geben einen öffentlichen Bericht über unsere Reise und hoffen, dass auch der hier anwesende Bürger Renaudel uns die Zwecke seiner Schweizerreise nicht verheimlichen wird.» (Bewegung im Saal.)

Als erster Opponent tritt der gewesene Anarchist P. Dumas, Sekretär der Schneidergewerkschaft, auf. Alle deutschen Arbeiter seien von pangermanistischen Ideen (Zurufe: du lügst!) und von der Sorge über ein grösseres Deutschland durchtränkt. «Wissen Sie, wie sich die Deutschen in Frankreich benommen haben, als man sich ihrer annahm? Sie haben die Franzosen aus den Werkstätten verdrängt, und als sie nach der Mobilisation nach Hause fuhren, sangen sie auf den Strassen von Paris frech ihre Nationalhymne.» (Stürmische Proteste. Zurufe: das ist eine Lüge! Geh' nach der «Action Française!»)

Auf der Tribüne Longuet. Ihm gefällt der nationalistische Ton Dumas nicht und er beginnt damit, dass er weder mit dem Referenten noch mit pangermanistischen Ideen könne. Zuerst müsse man feststellen, wer am Krieg die Schuld trägt. Die damalige französische Regierung hat alles getan, um den Krieg zu vermeiden. «Man soll mir zeigen, was wohl die Regierung tun konnte, um dem Krieg auszuweichen.» (Zuruf: «das Bündnis lösen!») Aber wenn Longuet mit dem Referenten auch nicht einverstanden sein kann, so will er doch — wenn er auch die Zimmerwalder Konferenz für verfrüht erachtet — den Mut der Genossen Merrheim und Bourderon anerkennen und den Kampf gegen den Chauvinismus begrüssen. Man müsse gegen den übermässigen Chauvinismus kämpfen, der zum Beispiel einen Charles Albert zum Angriff gegen die Begründer des Sozialismus verleitet. (Beifall. Zurufe: «wie immer — nicht für, nicht gegen!»)

Eine kurze, aber feurige Rede hielt eine Arbeiterin. Sie brachte der Versammlung die Arbeiten der Frauenkonferenz in Bern in Erinnerung und wies darauf hin, dass «das Frauenkomitee für den Kampf für den Frieden und gegen den Chauvinismus» von dieser Konferenz an eine ständige Propaganda für den Frieden führt. Die Sekretärin des Komitees, Louise Saumoneau, Delegierte auf der Berner Frauenkonferenz, wurde am 2. Oktober arretiert, und keine Zeitung gab

irgend etwas über diese Verhaftung bekannt und verschweigt, dass Louise Saumoneau als Kriminalverbrecherin eingekerkert ist. Die Sozialisten wollen nichts tun — es herrscht eine Verschwörung des Schweigens. Mit Tränen ersuchte die Rednerin die Versammlung, sich an die fürchterlichen Schlichterei zu erinnern und alles zu tun, um den Totentanz einzustellen. (Die Rede erntete einen stürmischen, lang anhaltenden Beifall.)

Die Tribüne besteigt Gaston Levy. Er weist eingangs darauf hin, dass der Krieg von Deutschland begonnen worden ist, und geht dann zur vergleichenden Charakteristik der deutschen und der französischen Partei über. Hat auch die deutsche Partei mächtige Organisationen, so ist sie doch bei sich im Lande ohnmächtig, etwas zu tun, derweilen die französische Partei einen grossen Einfluss auf die Staatsmaschine ausüben kann. Angesichts der fürchterlichen Perspektiven, die uns der Sieg Deutschlands verspricht, müssen wir «bis zum Ende» gehen. (Zurufe: warum gehst du denn nicht? Geh!)

Endlich erscheint Renaudel auf der Tribüne. Er ersucht den Vorsitzenden, ihm die Erlaubnis zu erteilen, von der April-Reise nach der Schweiz nicht zu reden. (Zurufe: Schade! Schade!) Indem er eingangs die Schuldfrage des Krieges berührt, geht er zu der Zimmerwalder Konferenz über. Merrheim und Bourderon haben einen grossen Fehler begangen, indem sie an der Konferenz teilnahmen. Man muss die Bedeutung der deutschen Opposition nicht überschätzen. Sie kann uns keine Garantien geben, dass sie selbst imstande sein wird, mit ihrem Militarismus fertig zu werden. Und doch ist der preussische Militarismus eine Gefahr für die Demokratie. (Zurufe: und Russland?) Man muss Deutschland eine Abrüstung aufzwingen, damit es nicht so bald an einen neuen Krieg denkt. «Man wirft uns vor, dass wir mit deutschen Sozialisten nicht zusammenkommen wollen. Meinen Sie wirklich, dass mit den Südekums und den Scheidemännern eine Zusammenkunft möglich ist? (Zurufe: seid ihr denn besser?) Was nun Russland anlangt, an das wir sooft erinnert werden, so gestehe ich zu, dass wir dieses Bündnis nie als das beste angesehen haben und auch heute nicht ansehen. Man muss nicht vergessen, dass Russland sich demokratisiert (ironische Zurufe: nach den Niederlagen!), und dass ausser den Sozialisten, die für die Niederlage eintreten, alle russischen Sozialisten auf unserem Standpunkt stehen. (Zurufe: die parlamentarische Fraktion! die Wahlen in Petrograd! Lärm.) Ich weiss, ich weiss, dass die russischen Sozialisten viele Fraktionen haben. Wir französischen Sozialisten, indem wir für Frankreich kämpfen, kämpfen auch für die Zukunft der gesamten Menschheit! Darum müssen wir sehr vorsichtig sein; die besten Absichten tragend, kann man doch zum Spielzeug in den Händen der Feinde werden. (Beifall und Zischen!)

In seinem Schlusswort berührt Merrheim ausführlich die Schuldfrage des Krieges. Sie fragen, was musste die französische Regierung tun, um dem Krieg auszuweichen? Die Antwort darauf sollte Jaurès geben. Man sagt, dass er an seinem Todestag einen Artikel schreiben wollte über die Notwendigkeit, das französisch-russische Bündnis zu zerreißen. (Lärm. Renaudel: «Das ist eine Lüge, das sind Geschichten von Rappoport! Rappoport springt von seinem Stuhl auf und ruft: «Canaille!» Delés: «Dunoit hat mir vor seiner Abreise an die Front erzählt, dass Jaurès am Tage des Mordes im Kreise seiner Freunde mehrmals wiederholt hat, dass er heute einen Artikel über die Notwendigkeit, das Bündnis zu sprengen, schreiben werde.» Renaudel: «Ich werde alle die, die mit ihm waren, zusammenführen und beweisen, dass das nicht wahr ist.»)

Ich bedaure sehr — führt Merrheim weiter aus — dass Renaudel es abgelehnt hat, uns zu berichten, warum er nach der Schweiz gegangen ist. Es wäre besser, er hätte es uns entdeckt (eine Stimme von rechts: «Man kann nicht alles sagen. Glauben Sie uns, die sozialistische Diplomatie wird bessere Resultate zeitigen als manche offene Taten.» Zurufe: «Genug der Diplomatie!» Jemand ruft: «Sagen Sie, Merrheim, lieber, was Sie in Bern mit Homo gesprochen haben!»)

«Die Bewegung, die gegen den Krieg begonnen hat», so endete Merrheim seine Rede, «die wird in die Tiefe und in die Breite wachsen. Nichts, auch Bajonette nicht, werden sie aufhalten können. Und wir Initianten, wir werden den begonnenen Weg weitergehen, bis zum Ende! (Lang anhaltender Beifall.)

Der Vorsitzende schlägt vor, die Versammelten, die mit den Einberufern einer Meinung sind, mögen ihre Adressen für künftige Versammlungen zurücklassen. Viele drängen sich um die Tribüne. Die Adressen der Genossen werden notiert. Die Versammlung geht langsam auseinander.